

Wochenausgabe 1,50 M. ...

Der 'Vorwärts' erscheint wöchentlich ...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Die einseitige Ausprägung ...

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachnummer: Berlin 57338. - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten ...

Briand wiederholt sich.

Außenpolitische Debatte in der Kammer.

Paris, 4. Dezember.

In der Nachmittags-Sitzung der Kammer wurde die Beratung über das Budget des Ministeriums des Auswärtigen fortgesetzt.

Brade

Das Wort. Er sprach von der großen Rolle, die Frankreich bei der Organisation des Friedens zu spielen habe, und erklärte, Frankreich müsse sich dafür einsetzen, alle Streitigkeiten zum Verschwinden zu bringen.

Brade sagte dann weiter: Da in Deutschland gegen den Bau eines Panzerkreuzers angekommene Opposition besteht, ist es jenseits des Rheins erwachende Kräfte bestehen, auf die man sich stützen kann.

Briand

Das Wort und ging auf die Ausführungen des sozialistischen Wortredners ein. Brade hat eine tendenziöse Kritik an meiner Rede in Genf geübt. Eine gewisse Propaganda hatte die Deutschen dahin gebracht, anzunehmen, es wäre möglich, schon jetzt Dinge zu erzielen, die eben noch nicht erzielt werden können.

Seine letzten Gedanken in Genf vor 33 Nationen aussprechen kann. Ich wundere mich, daß die, die als die eifrigsten Anhänger der Politik auf offener Straße gelten, mir heute zum Vorwurf machen, daß ich alles ausgesprochen habe, was ich denke.

meiner Genfer Rede nicht den Sinn geben,

den sie nie gehabt hat. Ich habe nur darauf geantwortet, weil der Reichstagler mit viel Mühseligkeit weniger gelangt habe, als daß Briand eine doppelte Politik betriebe. Die gesamte deutsche Presse sagte am anderen Tage: Nun hat Frankreich endlich die Karte gezeigt, die man lesen mußte.

Briand sprach darauf von der Locarno-Politik. In Deutschland habe man erklärt, sie habe Konkretheit gemacht, während sie tatsächlich einen Erfolg erzielt habe.

Briand kam alsdann auf die letzte Rede des Reichsministers Dr. Stresemann im Reichstag zu sprechen. Zweifelsohne, so erklärte er, spiegelt seine Rede innerpolitische Erwägungen wider, aber er wünscht, daß in allen Ländern die Frage der Außenpolitik nicht mehr abhängig von innerpolitischen Erwägungen sei.

Briand kam dann auf die Verhandlungen von Locarno zu sprechen, in deren Verlauf Probleme gestreift worden seien, die für Deutschland Reichweite bilden konnten. Er habe Dr. Stresemann auf die Sicherheitsfrage hingewiesen und daß gewisse Abrüstungsprobleme noch gelöst werden müßten.

(Fortsetzung auf der 3. Seite.)

Eine böse Erbschaft.

Die Anleiheablösungs-Denkschrift.

Von Wilhelm Keil.

Die lang erwartete Denkschrift des Reichsfinanzministeriums über die Ablösung der Markanleihen des Reiches ist nunmehr dem Reichstag zugegangen. Wie bei der gegenwärtigen trostlosen Finanzlage des Reiches, so handelt es sich auch bei den üblen Begleiterscheinungen und Auswirkungen der Anleiheablösung um eine böse Erbschaft, die die neue Reichsregierung von der Bürgerblockregierung übernehmen mußte.

Der wichtigste Abschnitt der Denkschrift ist der über das Ergebnis der Altbesitzprüfung. Unter dem deutschen Reichsfinanzminister v. Schlieffen war bei Beratung des Anleiheablösungsgesetzes im Juni 1925 der gesamte abzulösende Altbesitz auf 20 Milliarden Mark geschätzt worden. In dem nunmehr nahezu abgeschlossenen Ablösungsverfahren sind aber bis zum 30. September 1928 40319051000 Mark als Altbesitz anerkannt worden.

Reiche Gründe führt nun die Denkschrift zur Erklärung der großen Ueberraschung an, daß für die Anleiheablösung rund das Doppelte der ursprünglich angenommenen Summe aufgebracht werden muß. Waren die großen Betrügereien der Stinnes und Genossen, die vor einigen Wochen die Öffentlichkeit stark erregten, von erheblichem Einfluß auf das unerwartete Ergebnis? Die Denkschrift stellt das mit aller Bestimmtheit in Abrede. „Es besteht jedenfalls keine Verantwortung für die Annahme, daß die Höhe der zuerkannten Auslosungsrechte in irgendeiner maßgebenden Umfang ihren Grund in unredlichen, in ihrem Charakter bei der Prüfung nicht entdeekten Altbesitzanträgen hat“.

Nur gegen drei Privatpersonen ist wegen verjagten Betruges oder Beihilfe dazu Strafanzeige erstattet worden. Keines dieser Verfahren hat zur Verurteilung geführt. Hinzu kommt noch die unerledigte Strafsache gegen Stinnes und Genossen. Hier handelt es sich um elf ausführlich dargestellte Fälle, in denen durch insgesamt 24 Anträge 111280000 M. Anleihe als Altbesitz angemeldet wurde. Auf keinen dieser Anträge sind, wie die Denkschrift feststellt, Auslosungsrechte anerkannt worden. „Das Reich ist daher in den genannten Fällen nicht geschädigt worden.“ In einem weiteren Falle sind jedoch für 3 Millionen von einer holländischen Gesellschaft angemeldete Markanleihen 75000 M. Auslosungsrechte zuerkannt worden, bei denen sich nachträglich Verdachtsgründe für eine betrügerische Antragstellung ergaben. Die strafrechtliche Untersuchung dieses Falles schwebt noch. Sie hatte zur Folge, daß die übrigen 11 Fälle der Staatsanwaltschaft unterbreitet wurden. Dazu führt die Denkschrift aus:

„Darauf ist auf Antrag der Staatsanwaltschaft beim Landgericht I Berlin wegen der dargestellten Fälle gegen den Bankier Luwert, den Kaufmann Hugo Stinnes, den Kaufmann von Baldow, den Kaufmann Erich Rothmann, den Kaufmann Bela Groß, die Kaufleute Led und Eugen Hirsch, den Architekten Schneider und den Kaufmann Dunkelblum die gerichtliche Voruntersuchung eröffnet worden. Die Strafuntersuchungsbehörden erstrecken ihre Untersuchung auch darauf, ob noch weitere betrügerische Anträge im Altbesitzverfahren für Markanleihen des Reiches gestellt worden sind und ob sich Besondere in strafbarer Weise an den unredlich gestellten Anträgen beteiligt haben. Mit Rücksicht darauf, daß es sich hier um ein schwebendes Verfahren handelt, können nach der Meinung der Staatsanwaltschaft nähere Mitteilungen über die strafrechtlichen Zusammenhänge kurzzeit nicht gemacht werden.“

Im einzelnen ergibt sich aus den aufgeführten Fällen, daß sich Personen aus verschiedenen Ländern (Frankreich, Holland, Polen, Rumänien) zusammengetan hatten, um unter Aufwendung reicher Mittel durch falsche Angaben Auslosungsrechte zu erwirken. Durch Herbeiführung falscher Geschäftsbücher und falscher Urkunden aus älterer Zeit suchten sie die Prüfungsmittel der Behörden untauglich zu machen. Wenn es trotzdem gelungen ist, die Fälschungen zu entdecken und die Anträge abzulehnen, so fällt doch auf, daß diese Fälle fast sämtlich schon im

Präsidentenwahl in Wien.

Wiedertwahl Hainisch' vorgeschlagen, aber zweifelhaft.

Wien, 4. Dezember. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische Fraktion des Nationalrats hat beschlossen, bis Wiederwahl des gegenwärtigen Bundespräsidenten Hainisch für eine ganze Wahlperiode, d. h. für vier Jahre, vorzuschlagen und für diesen Fall einem Verfassungsgesetz zuzustimmen.

Die christlichsozialen Fraktionen hat den sozialdemokratischen Vorschlag nach langer Beratung mit Rücksicht auf die Begründung des Beschlusses abgelehnt. Die Christlichsozialen werden am nächsten bei der Wahl des Präsidenten den Vorkandidaten des Nationalrats Miklos als Kandidaten präsentieren. Da die Großdeutschen und die Landbündler sich mit Miklos nicht ohne weiteres einverstanden erklären werden, ist vorläufig noch unbestimmt, einmütigen erklären werden, ist vorläufig noch unbestimmt, wer am Mittwoch gewählt wird. Es verläutet, daß die Großdeutschen und der Landbund als Kompromißkandidaten einen Universitätsprofessor bzw. einen anderen Richtpolitiker vorgeschlagen werden.

Die Wahl erfolgt am Mittwoch nachmittag um 3 Uhr durch die Bundesversammlung, die sich aus dem Nationalrat und dem Bundesrat zusammensetzt.

Böhmens Landesvertretung.

Endergebnis der Wahlen in die Landesvertretung Böhmens

Freitag, 4. Dezember.

Das Endergebnis der Wahl in die Landesvertretung Böhmens ist folgendes:

Table with 4 columns: Party Name, Number of Votes, Number of Seats, and Total Seats. Includes groups like Czech National Socialists, German Workers' and Peasants' Association, etc.

Die kommunistische Partei ist nicht, wie die sozialdemokratischen, nach Nationen gegliedert und getrennt; ihre Mandatszahl ist die Hälfte der sozialdemokratischen, während bei der Parlamentswahl die KPD die stärkste Partei war.

Umanitätsbesuch Vermittlungsversuch ist gescheitert. Panzerwagen mit M.G. rücken gegen die Aufständischen an, Luftbomben fliegen auf das Gebiet Dalka-Weissabod. Der Aufstandprediger Raloh Tschinjur ist gefangen.

Jahre 1926 vorkamen, die Zulassung der Ermittlungsakten über den Fall der 3 Millionen aber erst im Januar 1928 und über sämtliche anderen Fälle noch später erfolgte.

Wie aber erklärt nun die Denkschrift den Unterschied zwischen Schätzung und Ergebnis des Altbesitzlandes? Die Schätzung des Jahres 1925 muß heute „als irrtümlich bezeichnet werden“, erklärt sie. Das dürfte kaum bestritten werden. Aber wie entstand der folgenschwerere Irrtum? Fünf Gründe entnehmen wir der Denkschrift:

1. Die Schätzung auf 20 Milliarden wurde „mit starkem Vorbehalt“ gemacht; sie enthält Unsicherheitsmomente.
2. Der Altbesitzbegriff wurde bei der Beratung des Gesetzes stark erweitert.
3. Bei der Vorbereitung des Gesetzes war es schwierig, festzustellen, in welchem Umfang Markanleihen bei Geldanstalten unter Aufsicht auf dem Scheckkonto deponiert waren, obgleich sie nach dem 30. Juni 1920 noch im Verkehr waren, nach § 10 Abs. 1 Ziff. 2 des Ablösungsgesetzes als Altbesitz galten.
4. Auch Markanleihebeträge, die bei Geldanstalten in ein Sonderdepot eingeliefert waren, von den Geldanstalten (Banken, Sparkassen, Genossenschaften) in der Inflationszeit aber ohne Wissen der Kunden verkauft und für die nach dem 30. Juni 1920 erworbenen Ersatzstücke mit anderen Nummern durch dieselben Geldanstalten wieder beschafft wurden, sind als Altbesitz anerkannt worden!
5. Das Anleihekapital ist nachträglich durch Einbeziehung von Bänderanleihen um annähernd 1 Milliarde vermehrt worden.

Uns interessiert hier besonders der vierte Grund. Es handelt sich dabei nach der Denkschrift um „nicht unbedeutende Beträge“. Bei Aufstellung der Schätzung sei nicht davon ausgegangen worden, daß ein solcher Verkauf und Wiederkauf in zahlreichen Fällen vorgekommen sei. Darauf kommt es aber gar nicht an. Entscheidend ist vielmehr, daß das Verhalten der Geldanstalten, wie die Denkschrift ausdrücklich feststellt, gegen die Vorschriften des Depoitzgesetzes verstieß. Keine Bank hat das Recht, ein als Sonderdepot eingeliefertes Wertpapier ohne Ermächtigung des Kunden zu verkaufen. Der Kunde hat einen Rechtsanspruch auf Rückgabe der Stücke, die er eingeliefert hat. Kann ihm die Geldanstalt die eingelieferten Stücke nicht zurückgeben, so haftet sie für den Schaden. Das Anleiheabstufungsgesetz steht bestimmt nicht vor, daß an Stelle von Anleihestücken, die im Sonderdepot lagen, andere Stücke als Altbesitz anerkannt werden. Trotzdem ist das geschehen. Der Reichskommissar zwar hat es zunächst abgelehnt, diesen Stücken die Altbesitz-eigenschaft zuerkennen. Die Reichsjustizverwaltung als Beschwerdestelle entschied anders. Sie anerkannte in allen diesen Fällen die Altbesitz-eigenschaft, belastete damit das Reich um eine hohe Summe und sanktionierte das gesetzwidrige Verfahren der Geldanstalten!

Der Reichsminister der Finanzen schloß sich bei voller Berücksichtigung der finanziellen Auswirkung der Auffassung der Reichsjustizverwaltung an“, teilt die Denkschrift mit.

Ob der Reichsfinanzminister Reinhold oder Köhler bloß, ist noch nicht aufgeklärt. Erledigt ist die Angelegenheit mit der Darstellung der Denkschrift sicherlich nicht. Der Reichstag wird diese Feststellungen einer sorgfältigen Prüfung unterziehen und Auskunft über zahlreiche sich aufdrängende Fragen zu verlangen haben. Dabei wird festzustellen sein, ob das Reich haftpflichtig gemacht werden kann für ein folgenschweres gesetzwidriges Verfahren der Banken.

Die Hochschulzöllner melden sich.

Eine deutsch-nationale Interpellation.

Am 31. Dezember 1929 läuft die Gültigkeit der sogenannten Keinen Zolltarifvorlage vom 15. Juli 1925 ab. Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat im Reichstag eine Interpellation eingebracht, die nach dem Stande der Vorarbeiten zum endgültigen Zolltarif fragt. Diese Interpellation ist getragen von dem Gedanken eines lösenden Hochschulzölles, sie verlangt die völlige Wiedereinführung der Steuer Weltwirtschaftskonferenz und obendrein die Kündigung einer Reihe von Handelsverträgen.

Reinigung.

Disziplinarverfahren gegen einen Lehrer.

Der Lehrer Bange in Offinow ließ sich, so führten einige Beobachtungsberichte in einer kleinen Anfrage aus, am diesjährigen Versammlungstage grade Ungehörigkeiten zuschreiben. Beim Eintritt in die Klasse ließ er den grünen Schmutz vom Pult abreiben, die Tafel, an der die Kinder eine schwarzgrüne Tafelmalerei angefertigt hatten, ließ er mit beschimpfenden Bemerkungen über die „Kochrichtsche“ umdrehen und Kindern, deren Eltern im Stahlhelm sind, versprochen er ein schönes Weihnachtsgeldent. Das Staatsministerium wurde gefragt was es angesichts der Schwere der fälligen Vorgehen gegen den Lehrer Bange zu tun gedenke.

Wie der Kritische Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Kultusminister Dr. Becker angeordnet, daß gegen den Lehrer Bange das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung eingeleitet wird.

Begnadigung empfohlen. Der Rechtsausschuß des Preussischen Landtags befahte sich mit einer Reihe von Eingaben, wobei auch der Nordfall Jäckel behandelt wurde. Das Schwurgericht in Bielefeld hatte 1925 den Vätertmörder Jäckel aus Hamburg und seine Schwester, die Ehefrau Jäckel, wegen Mordes an dem Hermann Jäckel hzn. Mithäterin zum Tode verurteilt. Es war erwiesen, daß der erschossene Jäckel ein Irrfahrer war, der seine Frau sehr schlecht behandelte. Die Todesstrafe war im Gnadenwege zu 15 Jahren Zuchthaus umgewandelt worden. Dem Landtagsausschuß liegt nunmehr ein Gnadengesuch der Frau Jäckel vor. Der Ausschuß befaßt, dem Gesuch zu entsprechen und für die sofortige Freilassung der Frau Jäckel einzutreten.

Im preussischen Staatsrat begann die Beratung des neuen Haushalts. Finanzminister Dr. Höpker-Wieshoff gab einen Überblick über den Stand der preussischen Finanzen.

Der Handelspolitische Ausschuß des Reichstags lehnte die Beratung über ein Zulassungsbüro für den Handels- und Schiffsverkehr zwischen dem Deutschen Reich und dem Jugoslawischen Königreich fort. Beschlüsse wurden zunächst nicht gefaßt.

Gebering informiert sich.

Arbeitsaufnahme ohne Störungen.

Bochum, 4. Dezember. (Eigenbericht)

Die Verhandlungen, die Reichsanwalter Gebering am Dienstag nachmittag in Essen mit den Parteien führte, waren von geringer Dauer. Reichsanwalter Gebering informierte sich bei dem Gewerkschaften über die allgemeinen psychologischen Zusammenhänge der Aufhebung der Aussperrung und stellte Erhebungen und Nachprüfungen über die materiellen Fragen in Aussicht. Gebering gab im Verlauf der Besprechungen u. a. der Erwartung Ausdruck, daß Maßregelungen von Arbeiter- und Betriebsräten unter allen Umständen unerbittlich sein. Eine entsprechende Verfügung stellte er in Aussicht. Die Arbeitsaufnahme hat sich ohne Störung vollzogen.

Die Unterstützung der Ausgesperrten.

Die Aufwendungen der Kommunen.

Essen, 4. Dezember.

In der Frage der Unterstützung für die Ausgesperrten in der Gruppe Nordwest bis zu der Zeit, in der die erste Lohnzahlung wieder einsetzt, hat die Reichsversicherungsanstalt folgende Entscheidung getroffen:

Da naturgemäß die Aufhebung der Aussperrung durch den Arbeitgeberverband Nordwest zunächst nur die Wiedereinstellung eines Teils der Belegschaften bedeuten kann, ist es unausschließ-

lich, daß ein großer Teil der Ausgesperrten erst nach Ablauf einer gewissen Zeit die Arbeit wieder aufnehmen kann. Diese Arbeitnehmer werden, soweit sie mindestens sieben Tage ausgesperrt waren, in die Arbeitslosenversicherung aufgenommen. Für die Arbeiter, die weniger als sieben Tage ausgesperrt waren, tritt die Aufnahme in die Arbeitslosenversicherung am nächsten Tage ihrer Arbeitslosigkeit automatisch ein.

Einzelne Betriebe, wie die Firma Krupp-Elfen, haben beschlossen, bis zur ersten Lohnzahlung den wiederangekehrten Arbeitern Entlohnungen zu schaffen durch Zahlung von Lohnnachlässen, Erhöhung der Mieten für Werkwohnungen sowie Stundung sonstiger Abzüge.

In allen rheinisch-westfälischen Gemeinden des Aussperrungsgebietes sind durch die laufenden Unterstützungen Kostenbeträge verursacht worden. So hat z. B. die Stadt Rülheim Ruhr mit 13 500 Unterstützten bisher 500 000 M. zu zahlen. Zu diesem Betrag treten beträchtliche Aufwendungen für Sachleistungen. Die Steuerbefreiung für diese Stadt auf etwa 40 000 M. wöchentlich geschätzt. Die Stadt Duisburg hat im November an durchschnittlich über 20 000 Unterstützte fast eine Million Mark ausgegeben. Bochum leistete infolge der Aussperrung etwa 400 000 Mark Barunterstützung. Sehr viel stärker wurden die ohnehin nicht günstigen Verhältnisse der Industrielandkreise durch die Unterstützungen belastet. Der Kreis Hattingen z. B. mußte wöchentlich allein 84 000 Mark ausgeben.

Ein Wahlkuriosum aus Lippe.

Volksentscheid über Bullentörmung.

Es hat in Deutschland bisher an würdigen Orten gefehlt, die die Verfassungsbestimmungen über den Volksentscheid auszunutzen wählten. Der Versuch der Kommunisten, einen Volksentscheid in der Pangertrugfrage herbeizuführen, ist längst gescheitert. Gleichzeitig aber gelang es, wenn auch nicht das deutsche Volk, so doch das des Herzogtums Lippe-Deimold auf die Beine zu bringen: Am vergangenen Sonntag war ganz Lippe-Deimold mit sämtlichen 100 000 Wahlberechtigten vor die Frage gestellt, ob das sogenannte Volk — die Bullentörmung beibehalten werden sollte. Ein Volksbegehren, das von gewissen bäuerlichen Kreisen angelehrt worden war, hatte die erforderliche Zahl von Unterschriften gefunden. Der Landtag lehnte aber den eingebrachten Gegenschwur ab, beschloß aber gemille Mitteilungen der bisher in Lippe sehr hohen Strafbestimmungen bei Verstößen gegen das Tierhaltungsgesetz. So wurde denn der ganze amtliche Wahlapparat in Bewegung gesetzt, um die Meinung der lippischen Bevölkerung zu erforschen: Sind Gemeindevollräte nötig oder sind sie nicht nötig? Der Volksentscheid ist gescheitert: es haben sich nicht 50 000 Wähler an der Abstimmung beteiligt. Insbesondere die Städter interessierten sich gar nicht für diese Frage. Den Landbauern, für die die Sache bedeutungsvoll genug ist, hat selber niemand rechtzeitig beibringen können, daß sie mit untauglichen Mitteln arbeiten. Die lippischen Bauern sind nun einige für Agitationszwecke gewählte Gelehrte, Deutschland aber ist ein Wahlkuriosum geblieben.

Hochverrat.

Koalitionsentwürfe im Strafrechtsausschuß angenommen.

Der Strafrechtsausschuß lehnte heute die Beratung des Hochverratsparagrafen fort.

Hg. Alagander vertrat den Standpunkt, daß durch seine Formulierung des Gesetzes, müge sie auch noch so gut sein, an der Rechtsprechung des Reichsgerichts etwas geändert werde, da jedes Vorgehen gegen die Kommunisten für gerechtfertigt erklärt wurde.

Hg. Landsberg (Soz.) lihte an der Rechtsprechung des Reichsgerichts in politischen Vergehen scharfe Kritik. Wenn schon ein dem Zentrum angehörender Reichsjustizminister erklärt habe, daß er noch der Art, wie die deutschen Gerichte die Ehre republikanischer Minister schützten, ablehnen müsse, wieder einen Strafantrag zu stellen, dann sei klar, wie weit es mit der Rechtsprechung gekommen sei. Dieser Minister, Herr Marx, habe lieber auf Bestrafung seiner Bekleidete verzichtet, als sich dem Würfelspiel eines Gerichtsanteils auszulassen. Gemäß sei beim Reichsgericht eine gewisse juristische Intelligenz vorhanden. Wenn trotzdem viele Urteile im Widerspruch standen mit Gesetz und Vernunft, so läge das nicht im bösen Willen der Richter, sondern an der Zustiege der Mitglieder des Reichsgerichts und auch daran, daß das Reichsgericht in Leipzig liege, wo ein Gedankenkreislauf zwischen den Vertretern der verschiedenen Richtungen viel schwächer möglich sei als von Berlin aus. Die Erfahrungen, die man mit der Rechtsprechung gemacht habe, zwingen zu besonderer Vorsicht der Formulierungen der Paragraphen. Von einer strengen Handlung des Hochverrats dürfe nach nicht die Rede sein, wenn es sich nur um theoretische Ausführungen und nicht um einen bestimmten Plan handle. Solange ein solcher konkreter Plan nicht bestehe, darf Bestrafung wegen Hochverrats nicht eintreten.

Minister Koch stimmte diesen Erklärungen zu. Der heutige Zustand, daß wegen Vorbereitung zum Hochverrat auch dann bestraft würde, wenn der Beschluß zum Hochverrat noch nicht gefaßt sei, dürfe nicht fortbauern. Die Einengung der Praxis des Hochverrats sei dringend notwendig. Es müsse ein Zustand eintreten, daß dann, wenn der Staat mit dem Hochverratsparagrafen eingreife, jedermann sich darüber klar sei, daß es sich um eine ernste Gefahr für die Sicherheit der Republik gehandelt habe.

Hg. Hergl (Dnal.) erklärte, die durch den Kompromißvertrag vorgeschlagene Einengung des Hochverratsbegriffs gehe zu weit. Der Schutz der Staatsautorität erfordere, daß es bei der bisherigen Rechtsprechung bleibe.

Hg. Rosenfeld (Soz.) hob hervor, daß die sozialdemokratische Fraktion den Wunsch habe, die russische Propaganda-Kollektoren zu lassen und einen scharfen Unterschied zwischen Theorie und Tat zu machen. Dieser Wunsch komme in dem Kompromißvertrag demnach zum Ausdruck. Bei richtiger Auslegung könne nach Annahme des Kompromißantrags nicht mehr schon die Bestimmung und die Propagierung einer bestimmten Gesinnung bestraft werden. Das Verbot für eine Ueberzeugung werde danach strafflos sein. Der Versuch auf die Barrikaden würde nur dann als vorbereitende Hochverratshandlung bestraft werden können, wenn zur Zeit des Versuchs schon Barrikaden errichtet seien. Der Kompromißvertrag schließe aus, daß etwa, wie schon geschah, ein Zitat von Karl Marx über die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats als eines Uebergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung als ausreichende Begründung für die

Vorbereitung eines Hochverrats angesehen werden. Auch der bloße Vortrag revolutionärer Gedichte bei Feiern oder die Zitiierung eines Ausspruchs von Goethe könnte nach dem Kompromißvertrag niemals zur Beurteilung wegen Vorbereitung des Hochverrats führen, ebenso wenig, wie auch schon geschah, sei die Verleumdung über den Inhalt eines revolutionären Films. Ledber seien in der Aussprache über diese Auslegung des Kompromißantrages Meinungsverschiedenheiten aufgeleuchtet. Deshalb erkläre er, Radner, für die sozialdemokratische Fraktion: Angesichts der Meinungsverschiedenheiten über das, was der Kompromißvertrag wolle, ist es notwendig, eine klare Formulierung bis zur zweiten Ausschusssitzung zu finden. Nur unter ausdrücklichem Vorbehalt ihrer Stellungnahme in der zweiten Sitzung wird die sozialdemokratische Fraktion in der ersten Sitzung dem vorliegenden Kompromißvertrag zustimmen.

Bei den dann folgenden Abstimmungen wurden die kommunistischen Anträge gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Die deutschnationalen Abstimmungsanträge wurden gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten abgelehnt.

Schließlich wurden die gesamten Vorschläge der an der Regierung beteiligten Parteien gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten angenommen.

Straffer droht.

Wer sind die Hintermänner von Kirchhain?

Kassel, 4. Dezember. (Eigenbericht)

Die Erklärung der nationalsozialistischen Arbeiterpartei von Hessen-Kassau-Wald veröffentlicht zur Kirchhainer Angelegenheit in der „Kasseler Post“ eine lange Erklärung, in der die Inspektionsreise Gregor Straffers nach Kassel, Kirchhain und Marburg, die Zustellung einer Ortsgruppe der nationalsozialistischen Arbeiterpartei und die weitere Aktion des Abgeordneten Hiller nicht bestritten werden. Auch der Inhalt der Telefongespräche Straffers mit München, vom „Kasseler Volksblatt“ wörtlich veröffentlicht, wird nicht abgelehnt.

Es wird aber in der Erklärung betont, daß der Landtag des Kreises Kirchhain, Herr von Gilla und der Regierungspräsident in Kassel dem Abgeordneten Straffer gegenüber beifällig hätten, daß die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei mit den von der Diktatur verordneten Maßnahmen in feinerster Zusammenhänge gebracht werden können. Diese Behauptung der Gauleitung ist, wie der Regierungspräsident in Kassel erklärt, völlig frei erunden.

Weiter heißt es in der nationalsozialistischen Erklärung, daß die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei keine Beziehung zur Reichsregierung oder ihren Kommandostellen unterhalte, und es wird behauptet, die Nationalsozialisten können es ab, militärische Lehungen ihrer Mitglieder zu veranlassen.

Zu diesen Verleumdungsversuchen schreibt das „Kasseler Volksblatt“: „Werum hat Herr Gregor Straffer bei seiner Inspektionsreise in Kassel folgende Drohung an mehreren Stellen ausgesprochen: „Wenn die Nationalsozialisten nicht in Ruhe gelassen werden, dann sind wir gezwungen, die Hintermänner der Kirchhainer Vorgänge zu nennen.“ (1) Wir müssen noch einmal den Herrn Reichswehrminister fragen: Was wird das Behauptungsministerium, um den Drohungen des Herrn Gregor Straffer auf den Grund zu gehen?

Die Kirchhainer Angelegenheit ist nicht nur Sache dieses verhältnismäßig kleinen Landkreises. Festgestellt wurde, daß Führerbesprechungen (natürlich mit den von Herrn Straffer gemeinten Hintermännern) und militärische Lehungen auch im Kreis Ziegenhain in Trenga, im Kreis Hamberg und in Thüringen stattgefunden haben.

Es wird notwendig sein, durch energische Untersuchung die Hintermänner (mit denen Herr Straffer ja droht) zu suchen und zur Verantwortung zu ziehen.“

Staatsrat als Königerfah.

Staatspolitische Folge der Krankheit Georgs V.

London, 4. Dezember. (Eigenbericht)

Der Ministerpräsident teilte am Dienstag im Unterhaus mit, daß König Georg V. persönlich ein Dekret unterzeichnet habe, wonach die Funktionen der Krone auf die Dauer der Erkrankung des Königs auf einen Staatsrat übergehen, der aus der Königin, dem Prinzen von Wales, dem Herzog von York (zweiter Sohn des Königs), dem Erzbischof von Canterbury, dem Lordkanzler und dem Ministerpräsidenten Baldwin zusammengesetzt ist.

Ein am späten Nachmittag erscheinendes Bulletin über den Zustand des Königs ist von nicht weniger als fünf Berichten unterzeichnet und sprach von einer leichten Besserung im Allgemeinbefinden des Königs.

Skaven des Morphiums.

Ein praktischer Arzt und ein junger Mann festgenommen.

Dem Sonderdezernat der Kriminalpolizei war seit einiger Zeit ein junger Mann aufgefallen, der offenbar gänzlich unter der Einwirkung von Rauschgiften stehend, in den verschiedensten Apotheken, Drogerien und Rezepten auf Diacetylmorphium, Kokain und andere Betäubungsmittel vorlegte. Mehrmals schon hatten Apotheker misstrauisch die Rezepte, die auf ungewöhnliche Dosen lauteten, betrachtet, doch schien jedesmal der Name des Arztes für die Echtheit zu bürgen. Zeit ist es gelungen, Klarheit in diese Dinge zu bringen.

Der junge Mann, der erst 23 Jahre zählt, gehört einer guten Familie an und betätigt sich hin und wieder literarisch. Als seine Angehörigen merkten, daß er dem Rauschgift verfallen war, sorgten sie für eine Entziehungskur, die auch erfreulichen Erfolg hatte. Kaum genesen, fiel der junge Mann aber in die Hände des praktischen Arztes Dr. L. in Charlottenburg, der selbst Sklave des Morphiums ist. Obwohl dem Arzt die oben erwähnte Kur des jungen Mannes bekannt war, leistete er dem Wiedererwerb der Gifte insofern Vorkauf, als er nach Wunsch Rezepte ausstellte. Seine Bedenklosigkeit sprach sich natürlich in den Kreisen der Morphiumsuchtigen herum und bald krönten ihm von allen Stadteingewandten Patienten zu. Eine andere Praxis brauchte der Arzt nicht mehr zu betreiben. Dr. L. ist durch den ständigen Gebrauch auch der stärksten Rauschmittel zu einem körperlichen und geistigen Wreck geworden. Als er von den Kriminalbeamten gestern in seiner Wohnung festgenommen und nach dem Polizeipräsidium gebracht wurde, um vernommen zu werden, schlief er im Morphiumrausch auf seinem Stuhl ein.

Dr. L. wird zwar dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden, doch werden sich in erster Linie wohl medizinische Sachverständige mit ihm zu beschäftigen haben.

Das nervenstärkende Mittel.

Um sich von Okkultismus und Spiritismus zu erholen.

Die Erkrankung der Filmchauspielerin Eiga Brink-Borchard, ihres Schwagers Klewer und des Regisseurs Jakob ist nunmehr durch die Kriminalinspektion Klagen vollständig aufgeklärt.

Kriminalkommissar von Ostrowski konnte den Regisseur Jakob am Dienstag im Sanatorium befragen, da das Befinden des Patienten sich inzwischen gebessert hatte. Das verhängnisvolle Pulver stammt, wie nun einwandfrei feststeht, nicht von Dr. Müller oder

seiner Assistenten, sondern von einem Freunde Jakobs, einem Buchhändler G. Dieser machte den Weltkrieg als Sanitätssoldat mit und kaufte zwei derartige Pulver im Jahre 1916 von einem Arzt in Brüssel als „nervenstärkendes“ Mittel. Von anderer Seite wird darauf hingewiesen, daß dieses „nervenstärkende Mittel“ ein sogenanntes „Aphrodisiakum“, also ein die Geschlechtsphäre erregendes Mittel gewesen sein muß. Am vergangenen Freitag besuchte Jakob den Freund und bat ihn, ihm eines der Pulver abzulassen. Der Buchhändler gab nach längerem Zögern nach, warnte aber vor der Anwendung, da sich schädliche Folgen zeigen könnten. Am Abend wohnten die Filmkünstler und Bekannte einer Veranstaltung bei, nach deren Schluß sie sich trennten. Jakob, Frau Brink und ihr Schwager suchten ein Lokal am Wittenbergplatz auf. Ungefähr um die Wohnung des Freundes nahmen nun, wie bekannt, der Regisseur, Frau Brink und ihr Schwager von dem Pulver und bald zeigten sich die Folgen ein, die sie zwingen, das Krankenhaus aufzusuchen. Eine Gefahr besteht für keinen der Patienten mehr.

Auch der Magnetopath Müller ist ermittelt und eingehend vernommen worden. Er ist als Vektor in der „Elotherischen Studiengesellschaft“ in der Reichstraße 19 tätig, die von einem Direktor Eugen G. vor 5 Jahren dort begründet worden ist. Diese Vereinigung, die außerst elegant aufgemacht ist und in deren Empfangszimmern man Malereien der neuesten Richtungen findet, befaßt sich mit dem Studium des Okkultismus und Spiritismus. Die Mitglieder der Gesellschaft sehen sich aus den Kreisen der Berliner Künstler und vornehmlich des Adels zusammen. Vor dem Gebäude halten, namentlich in den Nachmittagsstunden, Tugende der elegantesten Autos, und in den „Hörjalen“ gibt sich die Berliner Gesellschaft ein Stelldichein. An die Studiengesellschaft ist auch eine Geheimloge angegliedert, und zwar die einzige in Deutschland bestehende Okkultistenloge, die sich „Fraternitas Saturni, Orient, Berlin“ nennt. In diese Loge werden hauptsächlich die Mitglieder der Elotherischen Studiengesellschaft aufgenommen, und zwar Leute, die bereits mehrere Kurie hinter sich haben und die von den Vektoren als „Wissende“ bezeichnet werden. Diese Okkultistenloge gibt eine pompöse aufgemachte Zeitschrift „Saturn-Gnosis“ heraus, die auch an Außenstehende vertrieben wird, sofern diese von den Brüdern der Loge empfohlen werden.

Es hat demnach den Anschein, als ob sich die ganze Sache in einer kleinen Grotte auflösen will. Jemandem hat die schlappen Reden wieder ein bißchen aufhebern wollen und das Mittel offenbar nicht richtig genommen. Bei der Gelegenheit bekommt man wieder einmal einen kleinen Einblick in die Berliner Gesellschaft. Künstler und Adel interessieren sich für Okkultismus, Spiritismus und Geheimlogen.

Die Phosgenkatastrophe vor Gericht.

33 Klagen gegen den Hamburger Staat.

Hamburg, 4. Dezember.

Im Prozeß der bei der Phosgenkatastrophe Beschädigten gegen den Hamburger Staat begann am Dienstag mittag die Verhandlung. Es liegen 33 Klagen vor. Rechtsanwalt Dr. Lepp wies auf die Folgen des Explosionsunglücks am 20. Mai hin, das besonders deshalb so schrecklich gemeldet sei, weil die Menschen gar nicht gewußt hätten, um was es sich handelte. In der Bürgerlichkeitsverhandlung habe Senator Schönfelder erklärt, daß der Senat mit öffentlichen Mitteln zu helfen geneigt sei, um die Opfer der Katastrophe und ihre Hinterbliebenen zu unterstützen. Diese Zusage sei aber nicht gehalten worden. Hamburg habe keinen Pfennig für die Baute gehabt, die durch das Unglück geschädigt worden seien, abgesehen von geringen Wohlfahrtsunterstützungen in einzelnen Fällen. Auch in Wilhelmshagen habe man sich auf den Hamburger Standpunkt gestellt und seit dem 15. Juni keinerlei Unterstützung gewährt, weil angeblich das Wohlfahrtsgesetz dafür keinen Platz lasse. Im weiteren Verlauf führte Rechtsanwalt Dr. Lepp aus, daß die Polizei auch Pflichten habe. Die Verhältnisse der Verhältnisse sehe er besonders darin, daß man keine Ueberflutungsanlagen und unterirdische Lagerung vorgezogen habe, wie sie doch bei jedem kleinen Benzinquantum vorgezogen sei. Dann ergriß Rechtsanwalt Dr. Petersen als Vertreter des klagenden hamburgischen Staates das Wort. Er befrächtigete sich auf allgemeine Bemerkungen. So führte er aus, daß der Staat nur für solche Verletzungen und Unterlassungen seiner Beamten verantwortlich sei, die nach dem Staatshaltungsgebot erfolgt werden könnten. Das komme für diesen Fall nicht in Betracht. Der Vorsitzende verkündete schließlich den Gerichtsbescheid, daß die Urteilsverhandlung am 11. Dezember erfolgen werde.

Großfeuer in Oberschöneweide.

Gestern Abend war die Feuerwehr in der Wilhelmshagenstraße 93 zu Oberschöneweide mit der Bekämpfung eines Großfeuers beauftragt. Kurz nach 21 Uhr bemerkte der Wächter der Leerpappenfabrik von Reuter im Kesselhaus einen starken Feuerchein. Die Feuerwehr wurde alarmiert und rückte mit drei Löschzügen an. Der Brand hatte sich inzwischen auf das ganze Kesselhaus und einen angrenzenden Schuppen ausgebreitet. Die Flammen fanden an Dachpappenrohren reiche Nahrung und es mußten zahlreiche Schlauchleitungen in Tätigkeit gesetzt werden, um ein Uebergreifen auf die Fabrikationsanlage zu verhindern. Die Löschmannschaften hatten unter der stark an Rauchentwicklung sehr zu leiden. Die Aufbaumassensborbellen dauerten mehrere Stunden.

In der Prinz-Albrecht-Straße kam es gestern Abend zu einem eigenartigen Autounfall. Ein Privatauto fuhr von hinten auf einen haltenden Kraftwagen auf. Dabei wurde der Benzintank zertümmert und die feuergefährliche Flüssigkeit wurde durch die Auspuffgasse entzündet. Beide Fahrzeuge verbrannten. Die Insassen konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Professor Liepmann 50 Jahre alt.

Der Leiter des Deutschen Instituts für Frauenkunde, Professor Wilhelm Liepmann, feiert heute seinen fünfzigsten Geburtstag. Er stammt aus dem deutschen Osten und ist ein Schüler des vor einigen Jahren verstorbenen berühmten Gynäkologen Braun. Im Jahre 1925 bet er die Frauenklinik und Entbindungsanstalt, Cäcilienhaus des Hauptverbandes deutscher Frauenkassen in der Berliner Straße in Charlottenburg übernommen, die inzwischen an den Berliner Kaiserin-Verband übergegangen ist. Diese Klinik wurde unter seiner Leitung eine der bestgerüsteten in Berlin. Sie hat, was sonst nur in Privatsanatorien üblich ist, statt großer Säle, die jedes heimliche Gefühl beim Patienten unterdrücken müssen, nur Krankenzimmer mit durchsichtlichen ein bis drei Betten. Ferner sind an jedem Bett Radiohörer angebracht worden, damit die Patienten sich während ihrer Krankheit nicht zu sehr von der Welt abgeschnitten fühlen. Auch die Operationsfälle sind auf Anregung Professor Liepmanns mit den modernsten medizinisch-technischen Einrichtungen versehen, ferner besitzt die Anstalt noch ein großes Strahleninstitut, in dessen Besitz sich über 200 Milligramm Radium befinden. An die Frauenklinik ist das Deutsche Institut für Frauenkunde angegliedert, das sich ganz besonders mit der Erforschung der Einwirkung der sozialen Lage auf den Frauenkörper beschäftigt, und das durch Vorträge an der Ausbildung einer neuen Generation in sozialer Sinne arbeitet. Auch auf schriftstellerischem Gebiet hat sich Professor Liepmann einen guten Namen gemacht durch wissenschaftlich, aber allgemeinverständlich geschriebene Bücher. Wir wünschen, daß Professor Liepmann noch lange im Dienst der Frauenkassen für das Wohl der Berliner Arbeiterkassen tätig sein möge.

Im Anwaltsbureau erhängt.

Im Bureau des Rechtsanwalts Dr. G. in der Behrenstraße 50/52 verübte gestern der 33jährige Geschäftsführer J. aus der Pestalozzistraße in Wichternburg Selbstmord durch Erhängen. J. hatte an die Tür seines Bürozimmers einen Brief angeheftet, auf dem mit Bleistift geschrieben stand: „Bin um 12 Uhr zurück.“ Als einige Zeit später Dr. G. in seinem Bureau erschien und in das Zimmer seines Geschäftsführers eintrat, fand er ihn am Türpfosten erhängt auf. Die Gründe, die J. in den Tod gezwungen haben, sind noch völlig unerklärt. — In seiner Wohnung Reichstraße 14 löschte sich gestern Abend in Abwesenheit seiner Angehörigen der 68jährige Schiffmakler Bruno Sch. eine Kugel in die Schläfe. Wie aus einem Abschiedsbrief hervorgeht, sind wirtschaftliche Sorgen der Grund zu dem Verweilungsschritt.

Häftentlassung in der Rüttemeyer-Affäre.

In dem Verfahren, das im Anschluß an den Tod des Nationalsozialisten Rüttemeyer gegen mehrere Berliner Arbeiter anhängig gemacht worden ist, hat jetzt ein Haftprüfungstermin stattgefunden, bei dem die Freilassung eines Beteiligten beschlossen worden ist, während ein anderer Arbeiter vorläufig weiter in Haft bleibt.

Der Strafprozeß gegen den Kriminalrat Naife, der ursprünglich in dieser Woche verhandelt werden sollte, wird erst am 20. Dezember vor dem Großen Schöffengericht Schönberg unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Lemple stattfinden. Bekanntlich lautet die von Staatsanwaltschaftsleiter Dr. Ortman gegen Naife erhobene Anklage auf Stillschleppvergehen in zwei Fällen aus §§ 175 und 176, Abs. 2. Rechtsanwalt Dr. Sönnichsen hat den für Naife gestellten Haftentlassungsantrag bis zur Urteilsfällung zurückgestellt. Die Verhandlung gegen Naife, die unter vollständigem Ausschluß der Öffentlichkeit, auch der Presse stattfinden soll, wird von ganz kurzer Dauer sein, da bei dem umfassenden Geständnis des Angeklagten sich Zeugenvernehmungen erübrigen werden.

Rote Hände

... werdem solches Gesicht nicht weichen. Ein wirksames Mittel dagegen ist die lählende, reinweißliche und schneeweiße Creme Loocor, auch als herrlich duftende Pulver unterlage vorzüglich geeignet. Ueberausender Erfolg, Tube 1 Mk., wirksam unterstützt durch Sebor-Deleife, Etid 50 Pfg. In allen Apotheken-Veranstaltungen zu haben.

Hygiene der feuchten Lage.

Erwärmung von außen und innen.

Es hat lang gedauert, bis sie in diesem Herbst ihren Eingang fanden, die Tage des Sturmes und der Pässe. Nun sind sie da und wenn nicht alles irrt, werden sie ihre Herrschaft nicht so bald aus den Händen geben. Es sei denn, daß sie durch einen noch Mächtigeren, den Frost, gestürzt werden. Dem Menschen bleibt nichts übrig, als sich mit den Tatsachen abzufinden und sich so gut es eben geht, gegen die Rüsse von oben und von unten zu schützen.

Nichts ist in den kalten Wintermonaten so wichtig als dichtes Schuhwerk. So lange einer in heißen Schuhen und sauberen wollenen Strümpfen trockene warme Füße hat, wird ihm ein Gefühl der Behaglichkeit nicht verfliegen. Man wird erwidern, das sei nun in der Tat eine billige Weisheit. Zugegeben. Trotzdem wird infolge von Gleichgültigkeit und auch Unwissenheit nirgends so viel peinlich als gegen diese Gesundheitsregel. Es kommt jetzt alles darauf an, die mit Recht gefürchteten Erkältungskrankheiten zu vermeiden, und das kann man, wenn man die Füße trocken und warm hält. Leute, die an Krankheiten der Unterleibsorgane, besonders auch der Niere, der Blase und des Magens leiden, dürfen in dieser Jahreszeit niemals ohne wollene Socken gehen. Und den Oberkörper, besonders die Lungen, muß man durch untergezogene Reihemden, Trikotsachen oder durch Lungenschützer vor Schaden bewahren.

Was denn noch? werden jene rufen, die sich mit ihrer abgehärteten Haut die tun. Darauf ist zu erwidern, daß jetzt in der Tat der allerungünstigste Augenblick ist, mit seiner Abhärtung zu prahlen. Und die kleinen und großen Mädel, die noch mit Florstrümpfen herumrennen, verdienen sich lediglich den Dank jener Herren Ärzte, denen sie auf allen ärztlichen Kongressen Gelegenheit zu wertvollen und tiefgründigen Betrachtungen über die Ausdehnung der rheumatischen Erkrankungen geben. In Wahrheit ist das Verhalten der meisten Mädchen und vieler Frauen ein Leichtsin, der sich bitter rächt: Rheumatische, von fürchterlichsten Schmerzen begleitete Erkrankungen und schwere Erkrankungen der Frauenorgane.

Wer nun aber doch einmal von dem Unwetter überannt wird, so daß er, wie es so schön heißt, bis drei Millimeter unter der Haut nach ist? Nun, da gibt es kein besseres Vorbeugungsmittel, als sofort nach der Heimkehr ein heißes (nicht nur warmes) Bad und darauf ins Bett. Wer ein krankes Herz hat und deshalb das heiße Vollbad nicht riskieren darf, sollte sich mit einem heißen Fußbad begnügen und zur inneren Aufwärmung heiße Zitronenlimonade nehmen. Das heiße Fußbad aber sollten alle die unbedingt nehmen, die kein eigenes Bad im Hause haben und mit nassen Füßen und mit nassen Kleidern heimkommen.

Wer nun aber merkt, daß er etwas wegkommen hat, daß ihm „etwas in den Gliedern steckt“, der sollte ein Dampfbad nehmen, das aber sehr schwach und Ruhe erbeischt. Wer das Dampfbad nicht liebt, sollte versuchen, im Bett durch Wärmtücher und heiße Getränke in Schwitz zu kommen. Das sind aber nur einige Mittel, um eine heranrückende Krankheit abzuwenden. Denn auf Vorbeugung kommt es an. Wer infolge Erkältungen Koliken (Magen, Blase, Niere) befürchten muß, für den ist, wie auch für viele andere Gelegenheiten, ein modernes elektrisches Heizkissen (Vorrichtung beim Einkauf! Garantie für Sicherheit!) ganz unentbehrlich. Wer es einmal hat, wird es niemals missen können. Die Heißkissen sollten sodann veranlaßt werden, an zugigen Fenstern in kalten und feuchten Büros und Arbeitsräumen Heizkissen aufzustellen.

Und eines sollen die Gesundheits- und Radikalisten sich sagen lassen. In der kalten Jahreszeit soll man uns nicht mit Entkältungen und Entschäftungen und mit Koffeinpropheten kommen.

Besonders gefährlich ist das bei allen nervösen Naturen. Vollständige überleben solche Attacken eher. Es ist das große Verdienst des Berliner Arztes Dr. med. Winkler, für alle nervösen und fein organisierten Menschen auf die Wichtigkeit der Wärmanwendung, der Wärmekultur hingewiesen zu haben. Zum Schluß aber ein Wortlein über die innere Erwärmung. Wer nun nach den vielen Ratsworten ein herzhaftes alkoholduftiges Sprichlein erwartet hat, der mag betrübt von dannen ziehen. Er wird enttäuscht werden. Die Erwärmung der inneren Organe erfolgt immer noch am besten durch Getränke, die selber erwärmt oder erhitzt worden sind und ihre Wärme an den Körper weitergeben, also Tee, Kaffee und Kakao, heiße Milch und heiße Zitronenlimonade sollten allerwärts, in großen und kleinen Restaurants, in einfachen und in besseren, und in allen Cafés und Werkstätten bereitgehalten und angeboten werden. „Ja und der Grod? Soll der etwa kein wärmendes Getränk sein?“ so klingt es jetzt dumpf drohend in der Runde. Wer gewissermaßen die Kunst bewirgt, einen heißen Grod als Medizin zu benutzen, dem soll er, wenn nichts anderes da ist, unverwehrt sein. Er kann tatsächlich vorbeugend wirken. Im übrigen: Die Grod-Anbieter werden sich sowieso nicht zu heißer Zitronenlimonade befehlen lassen.

Gnadengesuch für Postträger Hein.

Nachdem das vom Koburger Schwurgericht gefällte zweifache Todesurteil gegen den Postträger Hein durch Verwerfung der Revision durch das Reichsgericht rechtskräftig geworden ist, hat der Verteidiger Heins, Justizrat Viktor Fränk-Frank, an das bayerische Justizministerium ein Gnadengesuch für den Verurteilten gerichtet, das sich u. a. besonders auf die Jugend Heins stützt. Die Entscheidung des bayerischen Justizministeriums steht noch aus. Hein, der bekanntlich außer zum Tode noch wegen seiner sonstigen Taten mit Larin begangenen Straftaten zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, befindet sich noch immer im Untersuchungsgefängnis Koburg.

Funkwinkel.

Der Vortrag Dr. Willy Blumenthals über „Reinliche Hütdereitschaft“ entzündet. Es fehlen konkrete Zahlen. Blumenthal spricht von einer populär philosophischen Waise aus und gibt daher zu viel bekannte, edle Dinge allgemeinen Charakters, während spezielle Richtlinien besser am Platze sein würden. Die „Stunde mit Büchern“ bringt endlich einmal in diesem Rahmen einen neuen Mann. Hermann Kasack behandelt moderne Dichterbibliographien kurz, prägnant, sachlich. Vielleicht hätte er einleitend mehr Grundrissliches über die verschiedenartigen Interpretationen von Künstlerpersönlichkeiten sagen sollen. Ein Hinweis etwa auf den Unterschied zwischen der Grundstoff und der rein historisch-psychologischen Art hätte nichts geschadet. Immerhin bleibt Kasack ein Mensch, der unbedingt Befehlendes zu gestalten versteht. Sehr nett sind Wolf Jutzers Skizzen über London, die er unter dem Titel „London, Liebe u. einer Stadt“ vereinigt. Impressionen und Betrachtungen geben ineinander über. Einzelnes wird herausgeriffen, aber man spürt jeden Augenblick die Zusammenhänge, das Wissen um die Verknüpfungen. Es handelt sich jedenfalls hier nicht um bloße Reporterarbeit, um reine Augenblickseindrücke. Die Abendunterhaltung bewegt sich nicht in den neuerdings eingetragenen Geleisen, sie steht im Zeichen Restrons. Die akademische Reizung, die sonst ähnliche Veranstaltungen tragen, ist völlig ausgeglichen. Lieder, Duette, Szenen und Parodien reihen sich zwanglos aneinander, und Max Kuttner und Dollie Vorn singen alles wirklich hübsch. Darauf folgt ein künstlerisch hochwertiges Ständchen.

Mohrenwäsche an den Kartellen.

Eine vergebliche Mühe.

Je näher der Zeitpunkt heranrückt, der die Aenderung der Gesetzgebung für eine wirksamere Kartellgesetzgebung zur unaufschiebbaren Notwendigkeit macht, je mehr bemühen sich die Freunde der herrschaftlich privatrechtlichen Monopole, eine gründliche Mohrenwäsche an den Kartellen vorzunehmen. Aber wie trotz aller Verschwendung vor weisem Selbsteinsatz der Mühe ein Rohr bleibt, so bleibt auch, trotz aller gelehrten und ungerechten Schaumbläserei über die angebliche Wesensänderung der Kartelle die Tatsache bestehen, daß die Kartelle in ihrer übergroßen Mehrzahl dörrartige monopolistische Organisationen sind.

Hört man die kapitalistischen Cobredner der Kartelle,

so ist alles aufs Beste bestellt. Da dienen die Kartelle nicht mehr dem Hochziehen und Hochhalten der Warenpreise, sondern sie suchen deren Herabsetzung durch den technischen, betrieblichen und marktwirtschaftlichen Fortschritt, mit einem Wort gesagt, der Wirtschaftsförderung, dienlich zu machen. Es fragt sich nur welche Wirtschaftsförderung gemeint ist und wer die Kosten dafür aufbringt. Meint man die Förderung der privatrechtlichen Betriebs- und Gemeinwirtschaft, so ist das unzweifelhaft richtig. Sollten sie hingegen die Förderung der Volkswirtschaft meinen, so ist das heute sicher falsch. Was sagte

Professor Schmalenbach zu Pfingsten in Wien:

„Man braucht sich nur ein blind gegriffenes Dugend Kartellverträge anzusehen, um sofort zu erkennen, daß in ihnen die schwersten Verstöße gegen das wirtschaftliche Prinzip vorkommen.“

Und ein anderer Fachmann auf dem Gebiete der Kartellpolitik, Herr Dr. Tschierschky, der Herausgeber der „Kartell-Rundschau“, der sich die große Mühe gemacht hat, an Hand der Satzungen der Kartelle zu prüfen, ob die Behauptung von der Wesensänderung der Kartelle richtig ist, stellte fest: „Daß noch immer die Unkosten der am schlechtesten geleiteten Betriebe bei der Preisfestsetzung maßgebend seien, und daß das Preisproblem im Vordergrund des Interesses aller Kartelle steht.“

Es kann ja gar nicht anders sein, sagte Herr Tschierschky, „denn man übertrifft doch bei der Organisation von unten nach oben die Kartellmitglieder gerade mit den Versprechungen, daß bei Gleichstellung der Mitglieder im wirtschaftlichen Endergebnis, also in den Verkaufsbedingungen, eine weitgehende Risikofreisetzung sei, die den Beitritt zum Kartell empfehlenswert mache. Würde man im Kartell selbst den Zustand des freien Wettbewerbs zulassen, so bricht das Kartell sofort auseinander.“

Also der alte Brauch wird nicht gebrochen; Hauptzweck der Kartelle ist und bleibt die Förderung der Wirtschaftlichkeit technisch und organisatorisch schlecht ausgerüsteter Betriebe durch Verkaufspreise, die bei dem heutigen Stand der technischen Leistungsfähigkeit der Gütererzeugung ungerechtfertigt sind.

zur Ausschöpfung des Reallohnes und damit zur Hemmung des gesamten wirtschaftlichen und des Kulturlebens führt.

Doch die zur Bodpreisung der Kartelle vielfach geachtete Wissenschaft weiß auch hier die Schönheitsfehler der Kartelle in offenkundiger Weise anzudeuten. In einem Professorenvortrag über das Thema: „Kartelle als Produktionsförderer“ kam der Referent auch auf die Frage zu sprechen, daß in den Kartellen, um den Kartellzweck zu erreichen, viele Betriebe auf die volle Ausschöpfung ihres technischen Vorsprungs, ihrer technischen Möglichkeiten verzichten müssen. Und der Referent enthielt sich diesen Verzicht, der doch das gerade Gegenteil von Wirtschaftsförderung ist, mit folgender Bemerkung:

„Sie tun dies aus der Ueberzeugung, daß es immer noch besser und wirtschaftlich nützlicher ist, auf die volle Ausschöpfung und Ausnutzung des technischen Vorsprungs zu verzichten, um Kampf und Kosten des Kampfes mit dem rückständigen Betrieb zu vermeiden.“

So ist es nicht. Die Betriebe, die technisch gut dastehen, verzichten deshalb auf die volle Ausschöpfung und Ausnutzung ihres technischen Vorsprungs, weil ihnen die Festsetzung der Verkaufspreise auf der Grundlage der Regiekosten des technisch schlechtesten Betriebes hohe Differenzgewinne bringt und sie sich mithin bei eingeschränktem Betrieb oft besser stellen als bei voller Ausschöpfung ihrer technischen Leistungsfähigkeit. Gerade das, was da beschönigt und damit in einem Vortrag vor der Kartellstelle des Reichsverbandes der deutschen Industrie zugestanden worden ist, das ist ja das, was jeder gewissenhafte Volkswirtschaftler den Kartellen zum schweren Vorwurf machen muß.

Professor Kreeboe, der sehr geachtete Vertreter moderner landwirtschaftlicher Betriebswirtschaftslehre kommt in seinem neuen Buch „Die Agrarpolitik“ auch zu einer Betrachtung der Kartelle. Und es sind Rezensionsurteile, die er denen verleiht, die behaupten, die Kartelle seien in ihrer heutigen Wirksamkeit produktionsfördernd. Er sagt:

„An die Stelle rationellster Arbeitsmethoden tritt infolge der Kartelle eine prekapitalistische Restenergie, an die Stelle der bestehenden Konkurrenz die einschläfernde Stagnation, an die Stelle der fortschreitenden Warenverbilligung mit steigendem Warenabfall und zunehmender Kaufkraft des Lohnes tritt Warenverknappung, Stagnation des Absatzes und der Löhne, die sich mit der Zeit zu Arbeitslosigkeit... steigern müssen. Der Reallohn der Arbeitermassen kann auf die Dauer nur durch Rückgang der Warenpreise steigen. Dieser Rückgang wird aber durch jede Kartellierung verhindert.“

Diese Feststellung Kreeboes entspricht so nur den Wahrnehmungen, denen wir schon seit Jahren durch Anfragen und Anträge im Reichstage Ausdruck gegeben haben.

Die Kartellstelle des Reichsverbandes der deutschen Industrie kann selbst nicht an den Nutzen der Kartelle glauben.

Sie hat vor kurzem bei den Kartellen eine Rundfrage über die Leistungen der Kartelle auf dem hier betrachteten Gebiete veranlaßt. In einer von ihr veröffentlichten Statistik führt sie 1442 Kartelle auf. Auf ihre Rundfrage haben nur 40 Kartelle geantwortet. Und was sie geantwortet haben ist unkontrollierbar und belanglos. Aber 1400 Kartelle haben gar nicht geantwortet, oder sind nicht erst gefragt worden, weil man ihr negatives Resultat kannte.

Was will es denn volkswirtschaftlich nützlich bedeuten, wenn ein Kartell oder ein monopolistisches Unternehmen die Reflektkosten und vielfach auch die Lagerhaltung beschränkt. Für die allermeisten Kartelle aus der Fertigwarenindustrie ist das gar nichts zu machen. Kartelle höherer Ordnung mit gemeinsamem Verkaufsort und auch monopolistische Einzelunternehmen wohl für monopolisierte Waren die Abnehmerzahl einschränken und damit die Reflekt- und sonstigen Handlungskosten für ihren Betrieb herabsenken. Aber ist das auch eine volkswirtschaftliche Ersparnis? In den meisten Fällen nicht nur nicht, sondern das Gegenteil. Die Beschränkung der Zahl der Großhändler führt in der Regel nur zur Einschlebung einer neuen Zwischenhandlungsstufe mit Lagerhaltung, Reflekt- und Regiekosten der privilegierten Großhändler, die sich gemöhnlich sofort zu einem Handelsmonopol zusammenschließen. Bezüglich hat eine neue Verteuerung der Handelskosten eine neue Unwirtschaftlichkeit zur Folge.

Von welcher Seite man sich also auch diese Mohrenwäsche an den Kartellen ansehen mag, sie ist umsonst. Und so ist es denn höchste Zeit, daß dem in den letzten Jahren betriebenen „Auf-die-lange-Bank-schieben“ einer durchgreifenden Kartellgesetzgebung ein Ende gemacht wird, zumal die Kartelle die Dreifachheit hatten, unter Vorspannung des deutschen Juristenlages noch kürzlich in Salzburg öbliche wirtschaftliche Ausübungsfreiheit zu verlangen.

A. Krähig, R. b. R.

Fröhliche Weihnachten.

Die Bescherung der Stöhr-Aktionäre.

Angenehmer als die Eisenarbeiter in Rheinland und Westfalen und die hungernden Bergleute in Waldburg werden die Aktionäre des Stöhr-Konzerns Weihnachten feiern.

Dieser Konzern, der eine Anzahl der Textilgesellschaften, vor allem Kommodornpinneren im In- und Auslande zusammenfaßt, erhöhe sein Kapital von 17,5 Millionen Mark auf 23 Millionen Mark. Den Aktionären wird ein dieses Bezugsrecht von 4:1 zu Paritäre eingeräumt. Dabei wird Stöhr wie im Vorjahre eine Dividende von 10 Proz. zahlen.

Damit hat das Christfest bei den Stöhr-Aktionären aber sein Wert noch nicht ganz vollendet. Der Stöhr-Konzern hat nämlich eine Reihe von Millionen aus der amerikanischen Freigabe zu erwarten, worauf bis jetzt eine Abschlagszahlung von 3,0 Millionen Dollar erfolgt ist. Auch davon werden die Aktionäre profitieren, denn die Aufsichtsratsprüfung hat beschlossen, den Aktionären ein Extragehälften, einen sogenannten Bonus von 10 Proz. zuzutragen zu lassen. Insgesamt dürfte der Profit für die Stöhr-Aktionäre über 25 Proz. des Nennwertes ihrer Aktien liegen.

Das erhalten aber die stümmerlich bezahlten Textilarbeiter, die den Segen doch schließlich erarbeitet haben, von diesem Dollarstrom?

Julius Berger baut einen Truff.

Das Berliner Großunternehmen, die Julius Berger Tiefbau A.-G., steht zurzeit in Verhandlungen mit der Hoch- und Tiefbau Akt.-Ges. in Essen, einer früheren Siemens-Beteiligung, die eine öbliche Verschmelzung dieses Unternehmens mit der Julius Berger A.-G. zum Ziele haben. Da die Essener Gesellschaft sehr rentabel arbeitet und in den letzten drei Jahren je 8 Proz. Dividende zahlen konnte, wird die bevorstehende Verschmelzung nicht als Stützungsmaßnahme anzusehen, sondern vielmehr auf Verzinsungsbesparungen von Julius Berger zurückzuführen sein. Soweit bisher verlautet, soll Berger die 7,7 Millionen Mark Aktienkapital der hoch- und tiefbau A.-G. im Verhältnis 3:1 gegen hergabe eigener Aktien übernehmen und zu diesem Zweck eine Kapitalerhöhung vornehmen. Bei dem vorgelegenen Verhältnis ist also bei Julius Berger mit einer Kapitalerhöhung um 2,5 auf 10 Millionen Mark zu rechnen. Dieses Unternehmen hätte danach sein Kapital im Laufe von zwei Jahren rund verdoppelt und würde nach der Fusion über eine Gesamtbelegschaft von fast 12.000 Mann verfügen.

Wieder eine Großfeste. Ueber die seit 150 Jahren bestehende Berliner Firma Bräuner, Vanpe u. Co., die Mitte vorigen Monats zahlungsunfähig wurde und ein Vergleichsverfahren beantragt hatte, ist jetzt der Konkurs verhängt worden. Den Gläubigern, in der Hauptsache Berliner Großhändler, ist es nicht gelungen, den Konkurs abzuwenden, da das Vermögen der sich noch ergebenden Verpflichtungen sich auch heute noch nicht überleben läßt. Der Konkurs ist im Interesse der fast 500 Mann starken Belegschaft um so mehr zu bedauern, als von den Banken bereits eine langfristige Finanzierungsaktion der fälligen Hypothekenschulden eingeleitet war. — Dieser Fall zeigt von neuem, wohin die von uns stets kritisierte mangelnde Publizität von Aktiengesellschaften führt. Auch in diesem Fall sind die Banken, wie bei anderen kürzlich erfolgten Zusammenstößen, von der Unvollständigkeit ihrer Schuldner völlig übertrahet worden.

8 Proz. Dividende und Sonderdividende bei Stollwerck. Der Aufsichtsrat der Stollwerck A.-G. Schokoladenfabrik in Köln und Berlin hat beschlossen, aus einem Reingewinn von 2,3 Millionen Mark 8 Proz. Dividende an die Aktionäre zu verteilen und ihnen außerdem weitere 5 Proz. Dividende aus den amerikanischen Freigabegeldern zu zahlen. Stollwerck erwarbt aus Amerika rund 6,4 Millionen Mark Freigabegeldern, von denen 4,8 Millionen Mark bereits eingegangen sind. Geschäftsergebnis und Abschlußziffern im einzelnen sind noch nicht bekannt.

Reichsbankenspannung zum Monatsende. Der Ausweis der deutschen Reichsbank vom Ende November spiegelt die bereits in den letzten Tagen des Vormonats zutage getretene erhebliche Verflechtung auf dem Geldmarkt wider. Der Bestand an Wechseln hat sich um 452 auf 221 Millionen vermehrt, der an Kommandos um 77 auf 113 Millionen. Dagegenüber nahm der Umlauf an Noten um 661 Millionen auf 4724 Millionen zu. Die Spanne zwischen der vermehrten Inanspruchnahme von Kredit und dem Notenumlauf ist auf die Verringerung der Giroaufgaben um 115 auf 473 Millionen zurückzuführen. Auch neue Goldkäufe der Reichsbank sprechen hier mit. Der Bestand an Gold und bedienungsfähigen Devisen hat sich um 50 auf 2623 Millionen erhöht. Die Deckung der Noten durch Gold und bedienungsfähige Devisen von 66,4 auf 59,2 Proz. zurück.

Anhaltende Konjunktur auch im November. Nach dem Bericht des deutschen Kalkulationsrates kamen im November 824 625 Doppelzentner Reinkauf gegen 653 468 Doppelzentner im gleichen Monat des Vorjahres zum Verkauf. Das Kalkulationsverhältnis konnte also seinen Verkauf auch im November noch um mehr als 20 Proz. gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit steigern. In ihrer ganzen Stärke kommt die Konjunktur dieses Jahres erst zum Ausdruck, wenn der Verkauf in den ersten 11 Monaten d. J. mit dem schon sehr günstigen Vorjahr in Vergleich gesetzt wird. Von Januar bis November 1928 wurden von den Kalkulanten insgesamt 13,1 gegen 11,3 Millionen Doppelzentner in der gleichen Zeit des Vorjahres verkauft. Der deutsche Kalibergbau hat also seinen Absatz gegenüber dem schon sehr günstigen Vorjahr noch um rund 16 Proz. steigern können.

Gute Zeiten für die Rüstungsindustrie. Daß im Zeichen der Abrüstung und des Kellogg-Abkommens der Weizen für die internationale Rüstungsindustrie auch noch kräftig blüht, zeigt der kürzlich veröffentlichte Abschluß des französischen Kanonen-Krupp, des Schneider-Crausot-Konzerns. Diese Rüstungsunternehmen im letzten Wirtschaftsjahr nicht weniger als 45 Millionen Mark Reingewinn einbrachten. Auch das englische Rüstungsunternehmen, das hauptsächlich für Kriegsschiffe in Betracht kommt, die Thornycroft Gesellschaft, konnte im letzten Jahr ihren Reingewinn glatt verdoppeln und ihre Vorjahresdividende von 8 Proz. auf 15 Proz. herausheben. Man sieht, es gibt noch genug Basis in der Welt, die an dem Scheitern der Abrüstungsverhandlungen ihre helle Freude haben.

Eine Ford-Fabrik in der Türkei. Zwischen der türkischen Regierung und den Ford-Automobil-Werken ist ein Abkommen getroffen worden, wonach den letzteren die Genehmigung für die Errichtung einer Fabrik in Konstantinopel erteilt wird.

Die Wirtschaft im November.

Im Zeichen der Eisenausperung.

Der Wirtschaftsbericht der preussischen Handelskammern für November zeigt die Auswirkungen der Ausperrungen in der Eisenerzeugung auf die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft. Besonders scharf wirkte sich die Stilllegung im Ruhrbergbau aus, der unter normalen Verhältnissen schon im Vormonat einsehende Beziehung im November fortgesetzt hätte. Zu den Auswirkungen der Stilllegung in der Eisenindustrie tritt im November noch die allgemeine fallendmähig bedingte Abschwächung des Beschäftigungsgrades hinzu.

Wie in den Vormonaten war die Beschäftigung in der chemischen und elektrotechnischen Industrie auch im November weiterhin beständig. Die Automobilindustrie hat durch den starken Erfolg der Autoausstellung gleichfalls einen beachtlichen Beschäftigungsgrad zu verzeichnen. Der Baumarkt lag angesichts der weit vorgeschrittenen Jahreszeit nicht ungünstig. Die ziemlich stabile Mitterung im vergangenen Monat gestattete noch die Beendigung der angefangenen und teilweise sogar die Inangriffnahme neuer Bauten.

Beginnende agrarpolitische Einsicht.

Zur Landwirtschafts-Debatte.

Wenn vor zwei Jahren noch vereinzelte Vertreter der Landwirtschaft es wagten, die allein festmachende Wirkung der Schutzzölle anzuzweifeln, so wurden diese Abweichungen von dem geheiligten Prinzip entweder aufs schärfste bekämpft oder totgeschwiegen. Prädestinierte Vertreter der Verbraucherschaft gegen die agrarische Schutzpolitik mit der Begründung, daß der Zoll selbst unangeeignet ist, um den Landwirt vor übermäßigen Preisstürzen zu schützen, und daß der Schutz Zoll zu anderen Zeiten zu einer für die Verbraucherschaft unvertäglichen Preisüberhöhung führt, so wurden sie von der Landwirtschaft als Verräter an der deutschen Ernährungswirtschaft und der deutschen Landwirtschaft gebrandmarkt.

Unheuer hieron hat aber gerade die Sozialdemokratie ihre Forderung der Stabilisierung der Getreidepreise aufrecht erhalten. Die Preisermittlung in den letzten Jahren hat der Sozialdemokratie in jeder Hinsicht recht gegeben. Katastrophalen Preisstürzen auf dem Markt von Agrarprodukten folgten ebenso unfruchtbar Preissteigerungen: eine automatische Folge der bisherigen Preisgestaltung. Auch in der Landwirtschaft mußte daher

die Einsicht immer mehr durchdringen, daß die bisherige Preispolitik sowohl für die Erzeuger als auch für die Verbraucher absolut ungenügend und falsch ist.

Bereits vor einem Jahre hat der Landwirtschaftsminister Schiele in einer Reichstagsrede zugestehen müssen, daß für die Landwirtschaft stabile mittlere Preise wichtiger sind als überhöhte Preise, denen nachher Preisstürze folgen. Vor kurzer Zeit hat sich auch das Zentrum für Maßnahmen zur Preisstabilisierung eingesetzt. Durch aus in derselben Linie der geistigen Umstellung liegt es, wenn vor wenigen Tagen einer der bekanntesten Führer der deutschen Landwirtschaft Brandes sich energisch für die Stabilisierung der Agrarpreise aussprach und das einzig wirksame Mittel zur Erreichung dieses Zieles in der Verwirklichung des von der Sozialdemokratie geforderten Preismonopols erblickte. Wenn auch von den Demokraten und der Deutschen Volkspartei ein ähnliches Befehrsverbot vorliegt, so ist doch darin, daß von diesen beiden Parteien in den letzten Wochen die Schaffung planmäßiger Markt- und Absatzförderung gefördert wurde, die Erkenntnis zu ersehen, daß das bisherige Schutzpolizystem restlos verjagt hat. Besonders der Antrag der Demokraten:

„geeignete Maßnahmen zu treffen, ungemessene und ständige Preispreise zu erreichen“ und „angesichts der öbigen Desorganisation auf dem Kartellmarkt, die die Produzenten schwer schädigt, ohne den Konsumenten zu nützen, einen geregelten Absatz und eine ständige Preisbildung zu fördern.“

bedeutet eine durchaus neue und erfreuliche Einstellung der Demokraten zu den landwirtschaftlichen Preisfragen. Die Demokraten fordern, um die für die Verbraucherschaft und die Landwirtschaft so wichtigen Absatz- und Preisfragen zu untersuchen, daß

„alsbald im Reichsernährungsministerium eine Stelle geschaffen wird, die die Marktbeobachtung pflegt und alle die Markterhältnisse des In- und Auslandes, Erzeugung, Export und Verbrauch betreffenden Nachrichten schnellstens erfaßt und der Allgemeinheit zugänglich macht.“

Darüber hinaus fordern sie eine Beilegung der Frage, auf welchem Wege und mit welchen Mitteln für den Erzeuger angemessene Preise für Brotgetreide zu erzielen sind.

Deutlicher als dieser Stellungnahme der Parteien zur landwirtschaftlichen Preisfrage kann der allgemeine Umschwung in der landwirtschaftlichen Ideologie nicht dokumentiert werden. Waren dieselben Parteien zu dieser Einsicht schon vor Jahren gekommen, so hätte die landwirtschaftliche Krise nie die Schärfe angenommen wie im Frühjahr dieses Jahres und den breiten Verbrauchermassen wäre die ewige Seunruhigung durch die Preisveränderungen erspart geblieben.



Für die Gesundheit!

Fachinger Versandstelle, Berlin SW II
Schöneberger Str. 14a. Tel. Lützow 830-61

Briand wiederholt sich.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Briand erwähnte nun die Genfer Verhandlungen vom 20. September, worin er sagte, als der Reichskanzler in Genf dem Wunsch ausgesprochen habe, Verhandlungen mit Frankreich über das Rheinland einzustellen, habe sich Frankreich zu diesen Verhandlungen bereit erklärt.

Aber man habe nicht vergessen dürfen, daß Frankreich nicht allein sei und nicht das Recht habe, infolgedessen diese Frage zu diskutieren.

Die Vertreter der Alliierten seien zusammengetreten, und Reichskanzler Müller habe zu ihnen gesagt: Deutschland hat das Recht, die sofortige Rheinlandräumung zu fordern. Frankreich und England hätten darauf mit dem Vertrage in der Hand geantwortet: Das ist nicht richtig, Deutschland hat dieses Recht nicht. Die Lage schien hoffnungslos zu sein, aber es gebe eben keine diplomatische Lage, aus der man nicht herauskommen könnte. Briand erklärte alsdann, wie man dazu gekommen sei, trotz der deutschen Forderung die Verhandlungen fortzusetzen.

Frankreich wolle nicht mit seinem Pfand spekulieren, aber es müßte bedenken, daß es selbst Verpflichtungen übernommen hat.

Könnte es etwa zugeben, daß Deutschland eines Tages die Arme kruz und erklärt, es werde nicht mehr bezahlen, während Frankreich Verpflichtungen zu erfüllen habe? Das sei unmöglich. Er wolle das deutsche Volk in keiner Weise beleidigen, aber er sei doch verpflichtet, Schwankungen in Rechnung zu stellen, die sich in der deutschen Politik noch zeigen könnten. Ein Unterhändler sei verpflichtet, die

Möglichkeit einer Sturmflut.

die die Lage ändern könne, ins Auge zu fassen. Frankreich würde alsdann mit seinem Scepter und mit seinem Horn allein bleiben. Würde eine derartige Unordnung für die Aufrechterhaltung des Friedens günstig sein? Würde nicht vielmehr dadurch eine unüberwindliche Barriere zwischen Frankreich und Deutschland aufgerichtet? Etwas Derartiges habe er nicht aufkommen lassen wollen.

Briand sprach dann von den Genfer Abmachungen zwischen den Vertretern der sechs Mächte und fuhr fort: Wenn die Deutschen wie wir ausrichtig den Frieden wünschen, wenn sie alle Reibungsabläufe leiten, die nach zwischen uns bestehen, beilegen wollen, dann sage ich: Eine Lösung ist möglich. Es genügt, aufrichtig zu wollen, und das Ziel wird erreicht werden. Frankreich und Deutschland sind zwei große Völker, die außerordentliche Qualitäten besitzen. Beide können, wenn sie ihre Friedensarbeit richtig betreiben, die beste Friedensgarantie schaffen. Wenn es möglich sein wird, daß zwischen Frankreich und Deutschland eine wirtschaftliche Zusammenarbeit in einer vertrauensvollen Atmosphäre geschaffen werden kann, glauben Sie dann, daß der Frieden in Europa dann nicht endlich sicher gestellt sein wird? Ich bin überzeugt davon, daß wir

große Schwierigkeiten überwinden müssen.

um zu einem Ziele zu gelangen; aber wir suchen dieses Ziel. Ich hoffe es zu erreichen, und dann wird der Frieden weniger prekär sein. Das deutsche Volk ist sicher fähig, diese Sprache zu verstehen. Die Tatsache, daß Verhandlungen, wie sie jetzt geführt werden, zwischen Frankreich und Deutschland abgebrochen werden könnten, und zwar nach dem Abschluß von Locarno und wenigstens Jahre nach dem Kriege, ist schon an sich ein erschütterndes Symptom. Das ist doch wenigstens eine Realität, das sind Anzeichen für einen endgültigen Frieden in der Welt. Man kann mir meinen beharrlichen Optimismus zum Vorwurf machen, man kann sagen, daß ich meine Wünsche für die Zukunft nehme, das ist richtig. Ich hoffe noch größere Dinge erzielen zu können.

In dem Augenblicke, in dem Briand alsdann erklärte, der Ministerpräsident und ich, wir sind vollständig einig, erschien Poincaré im Sitzungssaal, was allgemeine Heiterkeit hervorrief. Briand sprach weiter von der

Einschaltung militärischer Kontrollkommissionen

und sagte, es handle sich hier nicht um eine Militärkontrolle im eigentlichen Sinne des Wortes. Die Militärkontrolle sei durch den Vertrag von Versailles vorgesehen, und wenn ein Land sie nicht verstärkt wissen moße, so genügt Frankreich, weil es der Ansicht sei, daß sie für beide Länder erniedrigend sei. Etwas anderes sei die in Locarno vorgesehene Kontrolle, die auf die Schaffung von Ausgüßschiffen abzielt, die in der Lage wären, die Schwierigkeiten zu lösen, die zwischen beiden Ländern gebrocht werden würden. Das wäre ein Ziel, das man zu erreichen wünschen würde. Nachdem Briand alsdann einige Bemerkungen über die Notwendigkeit einer derartigen Kontrolle und einer endgültigen und definitiven Liquidierung der Kriegsschulden gemacht hatte, äußerte er sich über die Abrüstung, wozu er erklärte, gemäß dem Vertrag von Locarno eine Sicherheitsgarantie mit sich, der Vertrag von Versailles auch. Über die Verhandlungen würden langwierig und schwierig sein, und zwar um so mehr, als im Völkerbund zur Erreichung eines Ergebnisses die Einstimmigkeit aller Mitglieder notwendig sei. Briand ging zum Schluß auf die französisch-österreichischen Beziehungen und dann auf die Frage des deutsch-österreichischen Zusammenschlusses ein, wobei er

an das europäische Gewissen des österreichischen Volkes appellierte,

daß es nicht unter Verkenntung der gegenüber dem Völkerbund und gegenüber den zivilisierten Nationen übernommenen Verpflichtungen den Belieben überlasse.

Als Briand seine Rede beendet hatte, wurde er von den anwesenden Ministern und fast von der gesamten Kammer beglückwünscht.

Vergeblich sucht man in Briands neuester Rede einen Gedanken, den er nicht schon mindestens einmal, zum Teil in ähnlichen Wendungen, zum Teil sogar genau mit denselben Worten ausgedrückt hat. Es wird von Briand behauptet, daß er nur sehr selten und sehr ungenau Zeitungen liest. Daher kommt er anscheinend seine eigenen Reden nicht, die er mit erstaunlichem Talent improvisiert und nachher nie gedruckt zu Gesicht bekommt. Nur so ist es zu erklären, daß er sich so oft wiederholt. Die Redensarten über Locarno, das „sein Zauberschul“ sei, über die Unmöglichkeit für Frankreich, allein über die Rheinlandräumung zu entscheiden, über Lloyd, über Müllers Wendung vom „doppelten Gesicht“ der internationalen Politik, über die möglichen Schwankungen in der deutschen Politik, über die beiden großen Völker Deutschlands und Frankreichs, die den Frieden sichern könnten — man hat das alles schon ein-, zwei-, dreimal und noch öfter gehört.

Aber die Gerechtigkeit gebietet, festzustellen, daß auch Stresemanns Reichstagsrede, auf die Briands Ausführungen

Bayerischer Heimatschutz.

Von Eberich neu aufgezogen u zur Behmung der bayerischen Eigenwirtschaft.



„Und noch ein Arm die Büchse spannt, Betrifft kein Saupreis unser Land!“

Die tote Hand.

Wird die Grunderwerbssteuer verschoben?

Am Stenographen des Reichstages wurde am Dienstag ein deutschnationaler Antrag auf Aufhebung der Grunderwerbssteuer für die sogenannte „tote Hand“ eingebracht. Nach dem Grunderwerbsteuergesetz vom Jahre 1919 wird die Grunderwerbsteuer nicht nur beim Besitzwechsel erhoben, sondern auch bei Grundstücken, die nicht frei veräußert sind oder sich im Eigentum von Personeneinrichtungen, Anstalten und dergleichen befinden. Die Steuer wird zum erstenmal am 1. Januar 1929 fällig.

In der Debatte sprachen sich die Vertreter der Deutschnationalen, Abg. Rademacher, und der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Hoff, für die sofortige Aufhebung der Steuer aus, da sie in das heutige Steuersystem nicht mehr hineinpaßt. Der Vertreter des Zentrum, Abg. Herold, anerkannte zwar grundsätzlich die Berechtigung der Steuer, äußerte aber starke Bedenken, soweit durch sie die Fiskuslasten und das Kirchenvermögen erhöht werden. Die Vertreter der Länder erklärten sich lediglich mit einer beschränkten Hinzurechnung des ersten Erwerbstermins einverstanden. Länder und Gemeinden würden auf ihre Einnahmen aus dieser Steuerquelle nicht verzichten.

Der Standpunkt der Sozialdemokratie legte Abg. Reil dar. Er wies darauf hin, daß ähnliche Steuern bereits in der Vorkriegszeit bestanden haben. Der Grundgedanke der Besteuerung der „toten Hand“ sei auch gegenwärtig durchaus berechtigt. Die Sozialdemokratie wende sich deshalb mit aller Entschiedenheit gegen die Aufhebung der Steuer. Wenn das Gesetz in der Fassung, wie es im Jahre 1919 beschlossen

sei, infolge technischer Schwierigkeiten gegenwärtig nicht durchgeführt werden könne, so sei eine kurzfristige Verschiebung des ersten Erwerbstermins kaum zu umgehen. Die Reorganisation müsse aber im Zusammenhang mit den anderen Steuererlässen, insbesondere mit dem Steuervereinfachungsgesetz, erfolgen. Daher empfehle sich eine befristete Verschiebung etwa bis zum 31. März 1930.

Staatssekretär Dr. Poppi erklärte, das Gesetz erweise sich in seiner gegenwärtigen Fassung als undurchführbar. Es sei das einzige Gesetz, das seit dem Jahre 1919 unverändert geblieben ist. Daher hätten auch Ausführungsbestimmungen nicht erlassen werden können. Die Beseitigung dieser Schwierigkeiten müsse durch ein Gesetz erfolgen, da z. B. der im Grunderwerbsteuergesetz vorgesehene gemeine Wert nur durch ein Gesetz, nicht aber durch eine Ausführungsbestimmung befestigt werden könne. Die Reichsregierung habe den deutschnationalen Antrag auf Aufhebung der Steuer nicht für vertretbar. Es sei deshalb lediglich mit einer Hinzurechnung des ersten Erwerbstermins, die eine spätere Regelung herbeiführe.

Auch der Abg. Höllein (Komm.) wandte sich gegen die Aufhebung der Steuer, während der Abg. Rohrmacher (Dnat.) in einer zweiten Rede meinte, wenn die Steuer nicht aufzuheben sei, empfehle sich eine befristete Hinzurechnung, damit die Steuerpflichtigen wüßten, woran sie sind.

Der Ausschuß vertrat sodann die Weiterberatung auf dem 11. Dezember.

gewissermaßen die Antwort bilden sollten, ebenfalls kaum einen neuen Gedanken enthielten.

Das ist kein Vorwurf, denn es liegt in der Natur der Sache. Und die Sache ist die, daß die europäische Außenpolitik seit Jahr und Tag nicht vom Fleck wegliegt.

Darüber läßt sich das deutsche Volk nicht hinwegtäuschen, mag Briand wieder einmal stellenweise noch so originelle Bemerkungen an seine Adresse gebraucht haben. Andere Stellen sind wiederum weniger erfreulich, aber wozu immer wieder die gleichen Irrtümer berichtigen?

Wortwechsel über den Anschluß.

In der Kammerdebatte über das Budget des auswärtigen Ministeriums Franz von Aulic, in häufiger Wechselrede mit dem ihn unterbrochenden Briand, auf die Anschlußbewegung hin, die seiner Ansicht nach nur durch das Spritzenwerk der Verträge gebildet werde. Der Vertrag von St. Germain sei der schlimmste Friedensvertrag, den die Alliierten abgeschlossen hätten. Es sei natürlich, daß das zerstörte Österreich zum Reich strebe. Die deutschen Katholiken und der Vatikan arbeiteten am meisten für die Bewegung.

Briand erklärte hierzu, er verstehe die Katholiken, aber er könne den Vatikan nicht begreifen. Er sei, was die Sozialdemokratie betrafte, überzeugt, daß ihr der Friede über den Anschluß gehe.

François Albert erwiderte, der Vatikan habe eben eine So-Banque-Politik getrieben. Das Beste, was Frankreich nach ihm könne, sei an der Stärkung Österreichs zu arbeiten. Für die deutsche Sozialdemokratie liege sich hier ein großes Arbeitsfeld. Die Richtung Breitscheid (!) müsse abliegen, die den Frieden und das Selbstbestimmungsrecht der Völker erstrebe.

Briand unterbrach hier den Redner wiederum, um zu erklären, daß gerade die Formel des Selbstbestimmungsrechts außerordentlich gefährlich sei, trotzdem doch eigentlich niemand sie so auslegen sollte, daß ein Volk das Recht habe, Selbstmord (!) zu begehen. (Die Reden Brodes und Briands, über die wir auf der ersten Seite berichteten, wurden in der darauf folgenden Nachmittags Sitzung gehalten. Red.)

„Daily Herald“ gegen Chamberlain.

Das Arbeiterblatt fordert weitere Erklärungen im Parlament

London, 4. Dezember. (Eigenbericht.)

Der „Daily Herald“ wendet sich in einem „Sir Austens Schnitzer“ betitelten Leitartikel

in kritischer Weise gegen die Rheinlandklärung des britischen Außenministers.

Chamberlain habe, so stellt das Blatt der Arbeiterpartei fest, seine Rückkehr ins Augenmerk mit einem jener Mißgriffe gefeiert,

für die er mehr und mehr berühmt zu werden beginnt. Chamberlains Feststellung hinsichtlich der juristischen Seite der Besatzungsfrage möge richtig oder falsch sein. Sie sei eine Frage der Interpretation gewisser Klauseln des Versailler Vertrages. Chamberlains Ausdeutung dieser Klauseln komme jedoch von Regierungsjuristen und könne keineswegs eine andere Autorität beanspruchen, als die Auffassung irgendwelcher Rechtsanwältin in einer verarmten Rechtsfrage. Aber die Art und Weise seiner Darstellung sei „schlechte Chamberlain“ gewesen und hierin sei der Mißgriff zu suchen. Der Schlüsselpunkt seiner Erklärung, in der Chamberlain davon sprach, Großbritanniens werde unabhängig von der rechtlichen Stellung eine baldige Räumung begrüßen, hat die ganze Angelegenheit nicht besser, sondern noch schlimmer gemacht. Auf der einen Seite fänden wir eine kategorische Behauptung des Rechts auf ein Verbleiben im Rheinland, auf der anderen Seite eine

vage Beteiligungserklärung

seiner baldigen Räumung. Der Außenminister sei nachdrücklich gemessen, wo er nachsichtig hätte sein müssen, und dumm, wo es seine Pflicht gewesen wäre, deutlich zu sein. Nichts könne bedenklicher sein, als am Vorabend der Reparationsbesprechungen in Deutschland den Eindruck zu erwecken, daß die Hoffnungen auf Locarno nicht gewesen seien. Chamberlains großer Schnitzer habe mehr Unheil angerichtet, als irgend jemand hätte anstellen können, das es bemerkt darauf abgelehnt hätte. Der Artikel des „Daily Herald“ schließt mit der Feststellung, daß

weitere Klärungen im Parlament

dringend notwendig seien. Die Deffenlichkeit wünsche nicht zu wissen wie die juristischen Ratgeber den Vertrag auslegen, sondern was die Regierung in der Frage der Besetzung des Rheinlandes für die mit dem Locarnovertrag und der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen verknüpften Rechtsfragen zu tun wünsche.

Neuseeland gegen Prohibition.

Ergebnisse eines Volksentscheids.

Ein in der vergangenen Woche veranstalteter Volksentscheid über die Einführung der Prohibition (Alkoholverbot) nach amerikanischem Muster ergab folgendes Resultat:

Für Prohibition: 294 683 Stimmen.

Für staatliche Kontrolle: 64 276.

Für Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes: 374 502.

Die neue Regierung Islands umfaßt Sozialisten, Arbeiter, Arbeiterpartei und Christliche Staatsälteste wurde Reich (Sozialist), Außenminister Pastor Lallil (Christlich), Minister Dinos (Sozialist), Kultusminister Johanson (Sozialist). Die anderen Minister sind den übrigen Koalitionsparteien entnommen. Der politische Kurs ist voraussichtlich ohne Veränderung.

Reichsbahn und Achtstundentag.

Was kostet die Arbeitszeitverkürzung?

Die Herren im Verwaltungsrat der Reichsbahn sind ehrgeizige Leute. Sie haben sich in den Kopf gesetzt, wo immer und irgendwo wie sich eine Möglichkeit zum sozialen Rückschritt bietet, an der Spitze zu marschieren. Ihr oberster Grundgedanke ist: jede sozialpolitische Verbesserung, die im Reich vorgenommen wird, darf für die Reichsbahn nicht gelten, wohl aber darf jede sozialpolitische Verschlechterung im Reich bei der Reichsbahn sofort Nachahmung finden. Nicht einmal die Unternehmer in Industrie und Handwerk oder die Agrarier haben es mit Vorzügen gegen sozialpolitische Verbesserungsmaßnahmen so eilig wie die maßgebenden Leute der Reichsbahn.

So wurde bereits gegen die bloße Möglichkeit der Übertragung des Arbeitsschutzgesetzes auf die Reichsbahn das Reichsbahnrecht angegriffen. Eine ganze Reihe solcher Vorstöße läßt sich aufzählen. Der neueste Streich ist die Drohung mit einer neuen Tarifschätzung, um die Verkürzung der Arbeitszeit der Eisenbahner zu hintertreiben, die sich aus der beschlossenen Reform der Arbeitszeit der Reichsbeamten als Konsequenz ergibt. Der Verwaltungsrat der Reichsbahn hat ein Zahlenunachtsam von 250 Millionen Reichsmark Mehrausgaben als Folge der Einführung einer wöchentlich 48stündigen Arbeitszeit auf die Deckungslosigkeit hingewiesen, um ihr Angst einzujagen.

Die Deckungslosigkeit hat bisher jedoch nicht so reagiert, wie es der Verwaltungsrat wünscht. Sie hat

Die fortwährenden Drohungen der Reichsbahn mit Tarif-erhöhungen.

wenn irgend etwas für die Eisenbahner getan werden soll, schon reichlich leidet. So wurde in einem Teil der bürgerlichen Presse zum Ausdruck gebracht, daß es völlig unerschwinglich sei, warum die Reichsbahn die Gehälter einer neuen Tarifschätzung an die Wand male, obwohl überhaupt noch nicht festgestellt ist, wie und in welcher Art die kürzere Arbeitszeit bei der Reichsbahn zur Ausführung gelangen wird. In einem Teil der Presse wird an den Reichstag appelliert, sich das gesamte Zahlenmaterial zur Durchprüfung vorlegen zu lassen. Wir können uns diesem Appell durchaus anschließen.

Die übertriebenen Behauptungen der Reichsbahnverwaltung müssen im einzelnen nachgeprüft werden. Das, was in der Reichsbahnverwaltung nachstehenden Presse, z. B. in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (Nr. 361 vom 30. November 1928) von „sach-

kundiger Seite“ über die Mehrbelastung gelöst wird, stimmt sicherlich nicht. Es heißt da, daß die Einführung des Achtstundentages bei der Reichsbahn für neu einzustellende 72.079 Köpfe 367,27 Millionen Reichsmark Mehrbelastung bringe. Die von der D.M.G. genannten Zahlen, die sicher von der Hauptverwaltung stammen, lassen erkennen, daß die Reichsbahnverwaltung mit einer durchschnittlichen Mehrbelastung von 10 Proz. an Personal und persönlichen Ausgaben rechnet, die durch Einführung des Achtstundentages entstehen würde. Nach dem Geschäftsbericht für 1927 wurden im Jahre 1927 für Beförderung, Löhne und Auswandschädigung 1030 Millionen Reichsmark ausgegeben. In dieser Summe sind auch die Gehälter der oberen Beamten enthalten, nicht aber die Beiträge für Pensionen und Leistungszulagen, die nur an Beamte zur Auszahlung gelangen.

Nach sorgfältigen Berechnungen ist im Betriebs- und Verkehrsdienst bei Durchführung des Achtstundentages ein Mehrbedarf von

höchstens 35.000 Köpfe

erforderlich. Dabei sind Ersparnisse durch Rationalisierungsmaßnahmen nicht mitgerechnet. Der für den Betrieb und Verkehr sowie die Betriebsverhältnisse von der D.M.G. genannte Mehrbedarf von 35.000 Köpfen ist demnach viel zu hoch gegriffen. In den übrigen Dienstzweigen mögen die Ausgaben der Verwaltung über den Mehrbedarf an Personal umherdrehen an die Wirklichkeit heran kommen. Und wie verhält es sich nun mit dem finanziellen Mehrbedarf von etwa 10 Proz. für die persönlichen Ausgaben? Hier würde annehmend die Gesamtsumme der persönlichen Ausgaben zugrunde gelegt und dabei auch für den Mehrbedarf an Arbeitern ein Zuschlag von 40 Proz. für Pensionen, Leistungszulagen, Auswandschädigungen hinzugerechnet. Dieser Zuschlag von 40 Proz. ist aber auch bei den Beamten viel zu hoch gegriffen.

Die „sachkundige Seite“ der D.M.G. muß von der zu tendenziösen Zweckgenannten Summe von 367 Millionen Reichsmark ganz erhebliche Abstriche machen, wenn sie den wirklichen Mehrbedarf an Personal und persönlichen Ausgaben einigermaßen näherkommen will. Bei sorgfältiger Berechnung wird noch nicht die Hälfte der genannten Summe als Mehrbelastung übrig bleiben. Diese Mehrausgabe ist jedoch angesichts der auch von der Verwaltung anerkannten Leistungshypergenie des Personals und der dadurch erzielten Mehrerträge durchaus erträglich.

Bundesausschusstagung des ADGB.

Am Freitag und Samstag findet in Kiel eine Bundesausschusstagung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes statt. Die Tagung ist auch eine öffentliche Sitzung verbunden, in der der ADGB-Sekretär Eggert über „Staat und Wirtschaft“ sprechen wird. Auch der Abbruch des Ruhrkampfes wird zur Sprache kommen.

Wiederbelebungsversuche an der Leno.

Beamtete Streikbrecher?

Was wird aus der Leno? Vor einigen Tagen hat durch die Presse die Meldung, es sei beabsichtigt, nur einen Teil der Angestellten der Leno abzubauen und die übrigen ins Beamtenverhältnis zu überführen. Hier ist annehmend bei gewissen Leuten wieder einmal der Wunsch der Kaiser des Gebanens. Auch das Zentrum, das mit dem Weiterbestehen der Technischen Reichshilfe annehmend einverstanden ist, hat früher gerade gegen die Verbeamtung des Tenopersonals starke Bedenken geltend gemacht. So hat Herr Dr. Schreiber am 10. März 1921 im Reichstag erklärt, es sei gut, daß keinem Mitglied der Technischen Reichshilfe Beamtencharakter beigegeben worden sei. „Wir sind“, so betonte Schreiber, „der Auffassung, die Technische Reichshilfe ist in Wirklichkeit eine Rostlandsaktion, die einmal, wie jeder Rostland, überwunden werden muß. Wir erkennen den Zeitpunkt, daß an die Stelle einer Technischen Reichshilfe ein verfeinertes und verbessertes Schiffsbauverfahren und mehr und mehr ein gestelltes soziales Verantwortungsgefühl tritt.“

Wir schreiben heute nicht mehr 1921, sondern 1928. Die Verhältnisse sind heute in Deutschland viel mehr gestiegen als vor sieben Jahren. Wenn damals keine Verbeamtung notwendig war, dann heute erst recht nicht. Wozu also nach sieben Jahren noch solche Kompromisse, die man vor sieben Jahren ablehnte? Die Leno ist abgebaut, sie ist auf alle Fälle überlebt. Fort mit ihr!

Erwerbslosennot der Bühnenkünstler.

Eine Kulturpflicht.

Viele Ursachen wirken zusammen, die seit Jahren jene starke Erwerbslosennot unter den Bühnenkünstlern erzeugen. Ein vollkommen zureichendes Bild über Umfang und Dauer dieser großen Not ist nur schwer zu gewinnen. Die amtliche Arbeitsmarktsstatistik bildet gerade für diese Berufsgruppe und bei der Eigenart des Berufes höchst unzureichende Anhaltspunkte. Für die Arbeitsvermittlung kommen öffentliche Einrichtungen fast gar nicht in Frage. Von der Arbeitsfürsorge waren die Bühnenkünstler bereits vor Jahren Erwerbslosennot früher ausgeschloffen; erst die letzte Neuregelung durch den sozialdemokratischen Arbeitsminister brachte darin eine Aenderung.

Eine besondere Härte besteht, nebenbei erwähnt, für die Arbeiter, denen die Rechtsprechung ihre Arbeitnehmereigenschaft streitig macht und sie so um ihre Schutzrechte bringt. Aus diesen und vielen anderen Gründen, die in der Eigenart des Bühnenkünstlers liegen, läßt sich auch von der Zahl der Unterstüßungsempfänger her kein zureichendes Bild über die Erwerbslosennot der

Bühnenkünstler gewinnen. Die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger gibt die Zahl der erwerbslosen Bühnenmitglieder für 1927 auf 3200 an; sie nimmt an, daß inzwischen eine nicht unwesentliche Steigerung eingetreten ist. Scharf ist ein alarmierender Tatbestand, der die Verpflichtung zu größter Hilfeleistung aufweist, um so auch den kulturellen Schädigungen entgegenzuwirken.

Unter solchen Gesichtspunkten gewinnen die Rostlandsmaßnahmen der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger ihre besondere Bedeutung. Ihre Erwerbslosenwanderbüchsen stellen in materieller und künstlerischer Beziehung eine außerordentlich gegenstandsreiche Einrichtung dar. Unter den schwierigsten Umständen wurde in die kleinsten Städte wertvolle Idealkunst getragen. Die Kritik und Erfahrungen zeigen, fanden die Leistungen auf einer bedeutenden künstlerischen Höhe. So wurde auch durch diese Art der produktiven Arbeitslosenfürsorge den erwerbslosen Künstlern, wenn auch nur für eine kurze Sperrzeit, die Möglichkeit zur künstlerischen Arbeit gegeben. Leider einem viel zu kleinen Teil.

Es ist deshalb zu begrüßen, daß die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung diese Selbsthilfeeinrichtungen der Bühnengenossenschaft auch in diesem Jahre aus Mitteln der produktiven Arbeitslosenfürsorge unterstützt, um so erwerbslosen Künstlern Gelegenheit zur künstlerischen Betätigung zu geben. Leider ist das auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Reich, Länder und Gemeinden sollten gleichfalls mehr wie bisher auf diesem Gebiet tun.

Sonderfürsorge für Saisonarbeiter.

Neue Vorschläge.

Der Vorschlag des Verwaltungsrats der Reichsanstalt zur Regelung der Saisonarbeiterunterstützung in der Arbeitslosenversicherung ist, wie es scheint, bereits in der Verlesung verhandelt. Die neuen Pläne für eine Umgestaltung der Saisonarbeiterunterstützung, die zurzeit im Reichstag erwohnen werden, gehen dahin, eine Senkung der Beitragssätze für die Saisonarbeiter vorzunehmen und keine Bedürftigkeitsprüfung einzuführen. Man will also niedrigere Unterstüßungssätze für die Saisonarbeiter schaffen, die gleich vom Beginn der Unterstüßung an gelten. Diese Lösung scheint uns keine Verbesserung gegenüber den Vorschlägen der Reichsanstalt.

Ein starkes Kapitalistenstück.

Die Aktionäre und wie Arbeiter abgefunden werden.

Ein Dollar-Regen hat die Zementfabrik Hemoor a. d. R. bedeckt. Sie hat aus den amerikanischen Freigabegeldern 400.000 Dollar erhalten. Das sind 1,8 Millionen Reichsmark oder rund 44 Proz. ihres Aktienkapitals. Man will das Geld den Aktionären in Form von Gratisaktien schenken.

Für die Arbeiterschaft hat man „Besseres“ als schon den Wammon. Am 31. Oktober 1928 wurde ein Meißler für 50 Jahre ununterbrochene Tätigkeit geehrt. Worte des Dankes wurden an ihn gerichtet. Man überreichte ihm eine goldene Uhr. Zu der Feier waren die Angestellten, die Meißler und auch ein Teil der älteren Arbeiter geladen, die sich im stillen freuen konnten, daß auch sie bald

ihre Jubiläum feiern würden. Aber was sind Hoffnungen? 14 Tage nach dem Jubiläum wurde einem Teil der Arbeiter das Arbeitsverhältnis gekündigt. Darunter befinden sich Leute, die bereits 30, 40 und noch mehr Jahre bei der Fabrik beschäftigt sind.

Verhandlungen des Betriebsrates mit der Firmenverwaltung über Zurücknahme der Kündigung sind erfolglos geblieben. Allen Arbeitern sollen aus Strafgesichtspunkten gewisse Entschädigungen zugesprochen werden. Dem Aktionären Dankschreiben, den Arbeitern Entschädigungen als Weihnachtsgeschenk. Ist das nicht Ausreizung zum Klassenhaß?

„Oppositionelle“ Aufblähung.

In der „Roten Fahne“ vom Donnerstag erschien ein freitags besonders hervorgehobener Bericht über eine öffentliche Betriebsversammlung der Belegschaften der Schultze & Co. Maschinenfabrik, in der einstimmig beschlossen wurde, einen Streik zu erklären und gegen den „Schulze & Co.“ anzukämpfen. Der ungeliebte Leser wird natürlich annehmen, daß sich die gesamte Belegschaft dieser Fabrik mit Haut und Haaren der KPD. verschrieben hat und die Befehle ihrer Gewerkschaften befolgt. Was es mit der Streikbewegung auf sich hat, erhellt am besten die Tatsache, daß das Betriebszimmer, in dem die Streikbeschlüsse gefaßt wurden, ungefähr 50 Personen faßt. Dieses Betriebszimmer war so lediglich gefüllt mit ungefähr 50 Mann, also knapp 5 Proz. der etwa 1200 Köpfe zählenden Belegschaft, wurde also dieser „revolutionäre“ Streik gefaßt. Dabei ist noch zu bemerken, daß ein großer Teil der Streikteilnehmer nur 10 bis 15 Wochenbeurträge im Rückstand ist und infolgedessen auf der letzten Gruppenwahl des Verbandes Nahrung- und Genussmittelarbeiter nicht teilnehmen konnte. So der Auffassung der KPD-Strategen sind aber solche Leute, die nicht einmal den elementarsten gewerkschaftlichen Verpflichtungen nachkommen, die geeignetsten, um den Gewerkschaften den richtigen Weg vorzuzeichnen. Es muß doch um die KPD-Aktion der Streik sehr schlecht bestellt sein, wenn sie sich zur Stimmungswache für Streikbeschlüsse bedienen muß.

Verhandlungen für die Münsterländer Textilindustrie.

Am Mittwoch finden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über den Schlichterspruch für die Münsterländer Textilindustrie statt. Von den Tarifarbeitern ist der Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schlichterspruches gestellt worden.

Das „Protokoll der Verhandlungen des 13. Kongresses der Gewerkschaften in Hamburg“ ist neben im Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Dinstag 6 S., erschienen. Der Organisationspreis beträgt geb. 4,50 M., hft. 3,75 M.

Das Urteil des Landesarbeitsgerichts zu Duisburg vom 24. November im Ruhrstreik erscheint ungefähr als Sonderheft (Heft III) der Sammlung „Grundrissliche Entscheidungen des Landesarbeitsgerichts zu Duisburg“ im Verlagshaus B. Schöps, Duisburg, zum Preise von 60 Pf.

Wichtiges! Die Gewerkschaften der Textilindustrie in der Provinz Westfalen sind aufgefordert, sich an der Bildung eines Westfälischen Gewerkschaftsbundes zu beteiligen. Die Gewerkschaften sind aufgefordert, sich an der Bildung eines Westfälischen Gewerkschaftsbundes zu beteiligen. Die Gewerkschaften sind aufgefordert, sich an der Bildung eines Westfälischen Gewerkschaftsbundes zu beteiligen.

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Ost-Berlin. Die Angestellten sind aufgefordert, sich an der Bildung eines Zentralverbandes der Angestellten zu beteiligen. Die Angestellten sind aufgefordert, sich an der Bildung eines Zentralverbandes der Angestellten zu beteiligen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin. Die freie Gewerkschafts-Jugend ist aufgefordert, sich an der Bildung einer freien Gewerkschafts-Jugend zu beteiligen. Die freie Gewerkschafts-Jugend ist aufgefordert, sich an der Bildung einer freien Gewerkschafts-Jugend zu beteiligen.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten. Die Jugendgruppe ist aufgefordert, sich an der Bildung einer Jugendgruppe zu beteiligen. Die Jugendgruppe ist aufgefordert, sich an der Bildung einer Jugendgruppe zu beteiligen.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Die Sparkasse ist aufgefordert, sich an der Bildung einer Sparkasse zu beteiligen. Die Sparkasse ist aufgefordert, sich an der Bildung einer Sparkasse zu beteiligen.

Bei Nieren-, Blasenleiden. Stern-Engel-Zee (giftfrei) ist ein wirksames Mittel gegen Nieren- und Blasenleiden. Stern-Engel-Zee (giftfrei) ist ein wirksames Mittel gegen Nieren- und Blasenleiden.

In Berlin ist von einigen Gewerkschaften unter Führung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die

Berliner Elektro-Hütte GmbH.

Ber in SO 36, Elisabethufer 5/6, Tel.: Moritzplatz F1 4532

gegründet worden. Elektro-Installationen jeden Umfanges; preiswerte Bezugsquelle für Beleuchtungskörper usw. Bis auf weiteres wird ein Posten Beleuchtungskörper billig gegen bare Kasse verkauft.

Reichstag und Landwirtschaft.

Ende der Agrardebatte. / 152 Anträge. / Sozialdemokratischer Antrag auf Erhöhung des Gefrierfleischkontingents abgelehnt.

Der Eintritt in die Tagesordnung protestiert Abg. Dr. Brädi (Sp.) gegen einen Beschluss des Reichstages, durch den die Verteilung der Zuschüsse zugunsten der Wirtschaftspartei geändert worden sei.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wird auf Antrag des Abg. Dittmann (Sp.) beschlossen, in der Kommissionsberatung den Zustand wieder herzustellen, der vor dem Beitritt der Deutschen Bauernpartei zur Fraktion der Wirtschaftspartei bestand.

In der dann folgenden Fortsetzung der Aussprache über die Not der Landwirtschaft führt

Abg. Freybe (Sp.) aus: Die Siedelung von Bauernhöfen in der Ostmark müsse gefördert werden. In der Milchwirtschaft sollte die Landwirtschaft zur Standardisierung ihrer Waren übergehen. Die Zollerhöhung für Zucker sei zu begrüßen, aber sie dürfe nicht zu einer Liebesgabe für die Großindustrie werden.

Abg. Tanshen (Dem.): Alles, was der Bauer erzeugt, liegt unter dem Durchschnitt des Preisniveaus, das für andere Waren in Deutschland gilt.

Abg. Dr. Haecker (B. Sp.): Die eminente Bedeutung der Agrarwirtschaft wird nun immer weniger erkannt. Auch die letzte Regierung hat den Grundbesitz anerkannt, daß das Kernproblem für die deutsche Wirtschaftspolitik sein muß: Wiederherstellung der Rentabilität der deutschen Landwirtschaft.

Abg. Dr. Haecker (B. Sp.): Die eminente Bedeutung der Agrarwirtschaft wird nun immer weniger erkannt. Auch die letzte Regierung hat den Grundbesitz anerkannt, daß das Kernproblem für die deutsche Wirtschaftspolitik sein muß: Wiederherstellung der Rentabilität der deutschen Landwirtschaft.

Abg. Schmidt-Röpench (Sp.): Wenn der Bauer keine Wirtschaft unter weitgehender Beobachtung des Staates fordert, so ist das schon keine ganz freie Wirtschaft mehr. Wiederholt hat der Reichstag die Vorlage einer Denkschrift über die wirtschaftliche und soziale Lage der Landwirtschaft und die Befreiung der Landwirtschaft durch die Beiträge für die Sozialversicherung und andere soziale Einrichtungen gefordert.

Abg. Schmidt-Röpench (Sp.).

Wenn der Bauer keine Wirtschaft unter weitgehender Beobachtung des Staates fordert, so ist das schon keine ganz freie Wirtschaft mehr. Wiederholt hat der Reichstag die Vorlage einer Denkschrift über die wirtschaftliche und soziale Lage der Landwirtschaft und die Befreiung der Landwirtschaft durch die Beiträge für die Sozialversicherung und andere soziale Einrichtungen gefordert.

Im Ausschuss wird man einen nicht unbeträchtlichen Teil dieser Anträge beileide schieben müssen, nämlich solche, bei denen die Antragsteller niemals angenommen haben können, daß diese Anträge in Erfüllung gehen. Immer spricht man von der Notlage der Landwirtschaft. Wir erkennen sie in einem gewissen Maße an, wenden uns aber gegen Uebertreibungen. Wir sehen,

Große öffentliche sozialpolitische Film- und Vortragsabende

Veranstaltet vom Bezirksausschuß für Arbeiter-Wohlfahrt, Berlin SW. 68, Lindenstraße 1.

BEZIRK TIERGARTEN: Donnerstag, den 6. Dez., 19.30 Uhr (pünktl.), Patzenhofer Brunnen, Turmstr. 25. 1. Predigt von Margarete Mersch: Die Kommenden (M. Beutler). Der Arbeitermann (Richard Dehmel). Die bürgerliche Arbeit (Max Barbell).

BEZIRK NEUKÖLLN: Freitag, den 7. Dezember, 19.30 Uhr (pünktl.), Städt. Lichtspielhaus, Bergstraße. 1. Predigt von Margarete Mersch: Aus der Ballade von dem Zuchthaus zu Reading (Oskar Wilde).

Flutpreis 25 Pf. Inhaber eines Loses der Arbeiterwohlfahrt-Weihnachtsfeier freil. Eintrittskarten sind an den Abendkassen zu haben.

daß die Sparfähigkeit in der Landwirtschaft steigt. Der Reichsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften teilt aus den Ergebnissen einer Umfrage, die er am 1. Juli 1928 an die angeschlossenen Landes- und Provinzialverbände gerichtet hat, mit, daß bei 1300 ländlichen Spar- und Darlehnsstellen ein Einlagenbestand von 871,7 Millionen Mark vorhanden war, davon 647,2 Millionen Spareinlagen und 224,4 Millionen tägliches Geld.

In der Denkschrift über die Beschuldung der Landwirtschaft in Verschulden und Verschulden wird festgestellt,

daß die Schulden größtenteils gemacht worden sind für Privat-zwecke.

für Landankauf, Gebäudereparaturen, moderne Neubauten usw. Ueber die Art der Verschuldung, d. h. die Ursachen, ist nach dieser Denkschrift die Bevölkerung gar nicht gefragt worden. Es sollte einmal genau geprüft werden, wofür die Gelder verwendet worden sind.

Wir wenden uns gegen die Verallgemeinerung, auch Dr. Hermes hat von einer besorgniserregenden Lage der Landwirtschaft gesprochen. Er hat eine Erhebung herangezogen über die Durchführungsergebnisse von — 2 Proz. der landwirtschaftlichen Betriebe. Außerdem kommen viele Durchführungsergebnisse aus dem Material des deutschen Landwirtschaftsrautes. Und eine genaue Nachprüfung hat bereits zahlreiche Fehlerquellen ergeben.

Man kann nicht zehn Jahre lang immer wieder behaupten, daß man jährlich 10 bis 20 Proz. der Substanz zusetze.

wie wir das bei jeder Lohnverhandlung hören. Im Frühjahr dieses Jahres haben wir die bisher höchsten Lohnverhöhungen in der Landwirtschaft erlebt, und das in einer Zeit, wo eine besonders schwere Notlage behauptet wird. Der letzte Band der Durchführungsergebnisse behandelt die Verschuldung und die Statistik zeigt einen Betrieb als vollständig gesund, der nach seiner Bilanz schwere Verluste gehabt haben soll.

sich für die Zustimmung, ihre Steuern dazu verwenden zu lassen, daß unwirtschaftlich geleitete Betriebe über Wasser gehalten werden!

Behn soll es führen, wenn nach diesen Anträgen Hunderte von Millionen hergegeben werden! Wieviel schwerer ist die Notlage der Landwirtschaft! Die ganze Schuhindustrie macht Kurzarbeit wegen des Abkommens. Bei den Bauern demonstrieren, deren Wiederholung die Freunde Mussolinis, wie jener Herr v. Rohr, schon wieder ankündigen, wird von verner Sozialpolitik gesprochen, die Arbeitslosenversicherung wird als eine staatliche Prämie auf Faulheit hingestellt. So macht man keine Wirtschaftspolitik.

Man wird sich daran gewöhnen müssen, die städtische Bevölkerung zu achten und die Landwirtschaft nicht zu beleidigen.

Wir werden erstlich prüfen, was im Interesse der Landwirtschaft getan werden muß. Wir erinnern uns aber, wie schon vor 30 Jahren die Agrarier erklärten, man müsse schreiben, schreiben und man würde evtl. unter die Sozialdemokraten gehen. Es wäre eine verdienstvolle Arbeit für einen Studenten, einmal aus den Akten des Landbundes nachzusehen, wie in jedem Jahr dargelegt wurde, daß die ganze Landwirtschaft vor dem Ruin stehe. Die Landwirtschaft fragt sich, ob das mit den Subventionen für die Landwirtschaft so weitergehen kann.

Auch Dr. Hermes hat Erhöhung der Getreidezölle verlangt. Dabei haben wir in dieser Debatte doch immer wieder gehört, wie die Zölle den Rückgang der Preise nicht abhalten haben. Wir wünschen, daß der Landwirt einen angemessenen Preis erlange. Wie man aber trotz der Wirtschaftskontingente in dem eine Erhöhung der Getreidezölle verlangen kann, ist erstaunlich. Meine Fraktion ist dafür nicht zu haben, auch der Minister hat dagegen gesprochen.

In der Zuckerverfrage ist der Vorschlag des Ministers, daß nämlich trotz Zollerhöhung eine Verteuerung nicht eintreten wird, vor uns nicht vernehmlich. Wenn eine solche Einstellung zu Zollfragen sich im Hause durchsetzen würde, wäre über die ganze Sache vielleicht zu reden.

wenn nämlich Zölle nicht herangezogen werden, um einzelne zu bereichern und den Massen die Lebensmittel zu verteuern.

Darum sind wir auch für das Getreidemonopol, wir wollen stabile Getreidepreise, wir wollen, daß der Landwirt für seinen Ertrag einen angemessenen Preis bekommt, der ihm auch keine mühselige Arbeit lohnt, denn wir wissen, daß davon auch das Gelingen der deutschen Landwirtschaft abhängt. Wir haben uns in unserem Agrarprogramm und in Vorschlägen von Dr. Wache in diesem Sinne ausgesprochen und bleiben dabei. Unser Verlangen nach einer Kontrolle über den Markt begegnet sich mit den Forderungen des Präsidenten Brandes vom Deutschen Landwirtschaftsrat, der die Preise für Rindfleisch, Schweine und Getreide entsprechend dem Lebensindex stabilisieren und dafür evtl. auch das Monopol einführen will. Wenn wir für solche Pläne entgegen der Meinung des Abgeordneten Tanshen eine Mehrheit im Hause finden, so werden wir das begrüßen. Es ist durchaus berechtigt, die Preisgestaltung der Produkte nicht der Landwirtschaft allein zu überlassen, die nur 25 Proz. der deutschen Bevölkerung darstellt.

In der Debatte ist von der besonderen Hilfsbedürftigkeit Dittmanns und Hippmanns nicht gesprochen worden, wir aber haben gerade dort die Hilfe für besonders erfordentlich. Und da dortige Grundbesitzer in besonders ungünstigen Verhältnissen sein sollen, will unser Antrag sie unter gemeinwirtschaftliche Führung stellen, wie das Otto Braun schon im Herbst 1920 in der Preussischen Landbevölkerungsvorlesung vorgetragen hat.

In bezug auf die Landflucht ist wohl zu unterscheiden. Gegen die natürliche Landflucht, daß das Volk nach den Städten strömt, ist bei der ungeheuren Spannung zwischen den Landarbeitern und den Industriearbeitern gar nichts zu machen. Bauernlöhne und -löhner gehen in die Städte, um den höheren Lohn zu verdienen, und dafür werden Landarbeiter eingestellt. Geht es dann in den Städten schlecht, so beziehen die Bauernlöhner die Arbeitslosenunterstützung, auf die sie (nach rechts) schlumpen. Wir unterstützen alle Maßnahmen, um die Lage der Landarbeiter zu verbessern und fordern deshalb die Angleichung der Löhne.

Die Kommunisten beantragen, diejenigen Bauern, die keine sogenannte Uebernahme haben, die sogenannten Familienbetriebe, vollkommen steuerfrei zu lassen. Würde der Antrag sich nur auf die bedürftigen Bauern dieser Art beziehen, so könnten wir für ihn stimmen, so aber freuen sich nur die Grundbesitzer und ihre Anwälte da drüben (auf die Rechte weisend) darüber.

Wir dieser Flut von Anträgen und dieser zweitägigen Debatte ist keineswertes nicht zu erreichen. Wir selbst bedauern, daß man darüber so viel redet. Würden wir uns aber daran nicht beteiligen, so würde man sagen, die Sozialdemokratie habe keine Anteilnahme an dem Geschick unserer bäuerlichen Bevölkerung. Im Ausschuss

Advertisement for clothing: Strickjacken, Westen, Kleider, Pullover usw. Strickkleider. Jugendlicher Mantel. Bedruckter Velour-Trikot-Transparenz, der n neue Stoff der Saison.

Advertisement for Gadiel clothing store: Leopold Gadiel. Das Haus für grosse Weiten. Noch zwei Volltreffer für die Geschenkwoche! Wandervolles Weihnachtsgeschenk für Damen. Bildhübsche Herren-Schlaf-Anzüge.

Aufbruch in die Mongolei.

Von Sven Hedin.

Es war Mitte 1927, nach der ersten Expedition in Zentralasien. Die Bedenken, die er früher unternehmen hat, zum Beispiel zu kommen ist, unter dem Titel „Auf großer Fahrt“ ein Buch über den ersten großen Abmarsch der Welt bei H. S. Hedin in Bezug auf die Bedenken erschienen. Dem Werk ist folgender Abschnitt entnommen:

Die mongolische Erde hält uns fest. Ein Monat ist bereits vergangen, seitdem wir unsere Zelte am Fuß der Gänge aufschlugen. Wir verstehen nicht, wo die Zeit gefliessen ist. Von Langerweile wissen wir nichts, alle arbeiten, täglich ereignet sich etwas Neues, wir schmieden Pläne und werden in ständiger Spannung gehalten von der Erwartung und Sehnsucht nach dem Aufbruch. Wir erwarten die Kamel. Am 16. Juni langten die ersten bei uns an. Sie waren groß, rundlich und schön. Ihre Winterwolle hatten die Tiere schon zum größten Teil verloren und sahen infolgedessen nackt aus. Ueber unseren Köpfen stieg gerade Dr. Haudes Pilotballon aus. Ueber unsern Köpfen stieg gerade Dr. Haudes Pilotballon aus. Ueber unsern Köpfen stieg gerade Dr. Haudes Pilotballon aus.

Gegenwärtig besitzen wir 200 Kamel, obgleich sich nur 104 beim Lager befinden. Wir brauchen nach einer kürzlich vorgenommenen Schätzung und Wiegung des Gepäcks 204 Kamel, eine Zahl, die wir durch Umpannen auf 270 heranzubringen wollen. 63 davon dienen uns und unseren Dienern als Reittiere. Jeden dritten Tag wird ein Kamel frei, und bei unserer Ankunft in Hami wird eine große Anzahl ohne Lasten gehen.

Kurz vor Sonnenuntergang staltete ich den Kamelen noch einen Besuch ab. Einige standen hoch aufgerichtet und vornehm da, andere lagen und lästeten wieder, und der rote Sonnenball spiegelte sich in ihren glänzenden braunen Augen, doch sie leuchteten wie die Schein des Mondes werden die Zelte flackende Schatten. Ich bleibe vor meiner Behausung stehen und betrachte die weißen Bänder, die die Zelte schmücken. Sie sind nicht geistlose dekorative Muster, sondern haben einen tiefen Sinn. In den beiden unteren Ecken auf jeder Langseite ist das Diagramm des Himmels zu sehen, das „Sanges Leben“ bedeutet. In der Mitte der Seitenbahn kommt das selbe Zeichen noch einmal flüchtig vor in Kreisform. Dieses umgeben mit ausgebreiteten Flügeln die fünf Himmelsrichtungen, die die Zeichen „Waldesleben“ bedeuten. Zu beiden Seiten schweben schwere flackende Wolken.

Am Sonntag, dem 24. Juni, hatten wir in der Stadt der Kamelen ein richtiges Volksfest. Eine lodernde Gesellschaft war in unser Lager gekommen: vier, fünf Männer und drei Frauen und einem halben Dutzend schmutziger Kinder. Sie erklärten, sie seien eine umherziehende Theatertruppe und hätten uns aufgesucht, um uns Proben ihrer Kunst zu zeigen. Einige von uns glaubten, es uns Proben ihrer Kunst zu zeigen. Einige von uns glaubten, es uns Proben ihrer Kunst zu zeigen. Einige von uns glaubten, es uns Proben ihrer Kunst zu zeigen.

Die Truppe ließ sich ganz in der Nähe der Zelte unserer Diener häuslich nieder, und nachdem sie mit Essen und Tee versorgt war, begannen die Damen sich gegenseitig das Ungelesene abzulesen und ein schaumiges Blutbad anzurichten.

Zur gewöhnlichen Zeit entlang die Treppe und wir versammelten uns an den Kaminöfen. Der Nachmittagsstee pflegt zwanglos zu sein und uns nicht lange auszuhalten. Aber er wird nie verläßt; um 5 Uhr ist man nach der Wärme des Lagers bereit und muß Tee haben. Ganz manntags übernahm wir jedoch länger als gewöhnlich sitzen. Dann legt wollte sich die Wandtruppe setzen lassen. Unter dem Sonnenloch des Kaminofens und längs des Tisches vor dem Eingang wurden Stühle und Bänke in Reihen aufgestellt und wir nahmen Platz. Witten auf dem im Süden von Paktisten und Proprietären begrenzten freien Platz an der Marco Polo-Straße, wie wir den freien Weg vor den Zelten nennen, richteten die Schauspieler ihre Freilichtbühne her. Eine leere Kiste wurde hingestellt, und auf zwei Stühlen ließ sich das Orchester nieder, zwei Strohmänner, von denen der eine Flöte blies, der andere ein Saiteninstrument bearbeitete.

Die Schauspieler waren noch in dem Zeit unserer Diener, um sich anzuleiden und zu schminken. Die Zuschauer versammelten sich allmählich. Neben und auf den Paktisten sahen die Kamelen und unsere übrigen Diener. Das Festspiel war beendet. Wenn diese Schauspieler verkleidete Spione waren, dann muß ihnen die Einwohnerzahl der wunderbaren Stadt doch Achtung einflößen haben.

Am traten sie auf. Es waren zwei Männer, aber der eine spielte eine Frauenrolle und hatte von Natur ein Frauen Gesicht. Er trug eine weibliche Perücke und Schmuckstücke, wie die chinesischen Damen tragen. Er hatte sich um die Augen kreideweiß geschminkt und trug einen langen schwarzen Schwanzbart. Ihre Rollen konnten sie gut singend und schreiend und plärrend spielen sie unbegriffliche Worte aus, während die Musik spielte und sich entzogen. Das Stück war in vier Akte eingeteilt, und die ganze Zeit hindurch zankten sich zwei Liebende. Es war uns ein Laus, doch selbst die Chinesen nicht besser als solche wählenden Berichtsgeschichte vorhanden. Es wäre sicher eine recht unterhaltende Besichtigung gewesen, den ganzen Text dieses wunderbaren Schauspiels zu lesen.

Man könnte vielleicht glauben, es müßte einträglich werden, wenn zwei verheiratete Menschen sich vier Akte hindurch necken und hänseln. Aber das ist durchaus nicht der Fall. Es ist keine Weichschmelze, bei der sich zwei gegenübersehen und wie gewöhnliche Menschen die sprechen, sondern unsere Schauspieler sprangen und tanzten die ganze Zeit umher, schlugen einander mit Fächern vor die Stirn, hoch es klopfte oder entlockte einer Zeit langer Klapper aus harten Holz rhythmisch traurige Laute. Sie machten Sprünge wie Akrobaten, buchten sich wie Katzen, verdröhren ihre Gesichter und erhoben

ein richtiges Indiergeräusch. Ohne Zweifel sagten sie recht frivole Dinge, aber ihre Bewegungen waren nicht anständig, ihre Mimik ausgezeichnet, und die chinesischen Zuschauer, nicht zuletzt die drei Schipper, hatten riesigen Spaß daran. Die Musik war nicht schlecht. Sie hatte den monotonen Rhythmus der ostasiatischen Lautkunst, dem ich für meinen Teil nicht müde werde zuzuhören. In ganz Asien von West bis Ost habe ich ihren Tönen gelauscht und bei dieser faszinierenden einschläfernden Musik von ruhigeren Zeiten geträumt. Sie beschwichtigt die Unruhe des Herzens und führt die Gedanken zur Ruhe; man versteht, daß die Kobra sich von der Flöte des Schlangenschwenders bändigen läßt.

Als das Spiel beendet war und Schauspieler und Musikanten ihren Lohn erhalten hatten, zogen sie ihres Weges und die Zuschauer zerstreuten sich. Wir hatten auf alle Fälle so etwas wie eine Volksheliumung in unserer Stadt gehabt — ich fühlte mich an meine Jugendjahre erinnert, wo man sich auf Lejonsstätten das Raspertheater, die Karusselle und andere Vollen ansah.

„Der Korfarentoffer.“

Von Albert Jean.

„Und was ist das dort?“ fragte Herr Cabasso und riefte den Kneifer auf seiner kleinen Rolle zurecht. „Das ist ein Korfarentoffer“, erwiderte der Wühler ruhig. „Sehen Sie sich nur die Beschläge an! Florentinische Arbeit! Und der Koffer selbst aus altem Eisenblech. Damals machte man noch Sachen, die was auszuhalten konnten, verstehen Sie!“

Herr Cabasso, der ein friedlicher Rentier war, nickte und war äußerst imponiert. „Lächerlich billig. Zweitausend Franken!“ — „Ich nehme ihn.“

Als er noch haufe kam, sagte er zu seiner Frau: „Bichette, ich habe einen Korfarentoffer gekauft.“ — „Was für ein Ding?“ fragte sie. „Einen Koffer, der einem alten Seeräuber gehört hat!“ Darauf ging Herr Cabasso in sein Arbeitszimmer und durchflüberte sein Konversationslexikon nach allem, was dort über Korfaren geschrieben stand.

Der Koffer wurde ins Haus geschickt. „Ne, was sagst du nun?“ fragte er stolz. „Der ist so schauerhaft“, sagte seine Frau mit höchst unpassender Offenherzigkeit. „Quatsch“, erwiderte der sonst so friedliche Mann verblissen. „Ganz im Gegenteil, er ist

prachtvoll! Ueberkommt dich nicht eine besondere Stimmung, wenn du ihn betrachtest?“

„Rein, das kann ich nicht behaupten“, sagte seine Frau ruhig. „Aber ich bekomme große Lust, diese schrecklichen Flecke abzuwaschen.“ „Bist du verrückt, das sind ja Blutflecken! Ach, das ist es also, was ich merkte, der Geruch von Menschenblut! Kannst du den Totenkopf dort sehen, wie? Ja, das war ein Leben, das die alten Korfaren führten!“ Er rollte die Augen jährling, und seine Frau schlich sich kopfschüttelnd davon.

Als sie beim Frühstück saßen, ließ Herr Cabasso plötzlich sein Messer in das Beesseck hinein. „Dieses Fleisch ist ja nicht blutig“, brüllte er und klingelte wie ein Rosender nach dem Dienstmädchen. Als dieses erschrak, freilachte er los: „Wenn Sie mich noch einmal eine derartige Schmeichelei bieten, können Sie Ihre Sachen umgehend packen. Verstehen Sie mich!“ Das Mädchen nahm ruhig ihre Schürze ab und antwortete: „Ja, machen Sie sich nur ja keine Ungelegenheiten, ich gehe sofort!“ — „Ach nein, Maria, jammere Frau Cabasso, das können Sie mir doch nicht antun.“ „Aber hier ist auch ein Herr im Hause!“ jauchzte Cabasso, indem er gewaltig auf den Tisch schlug. „Weg mit Ihnen von der Kommandobrücke!“

Nach einigen Stunden kam er tatsächlich von einem Wirtsbureau nach Hause und brachte einen schwarzen Herrn von Maritime mit, der erst mal eine gewaltige Portion Reis verschlang, eine Flasche Rum hinterher und, ohne das Geschick aufzuwaschen, unter Mitnahme von einem halben Dutzend silberner Taschenuhren. „Hundert Rohrliebe soll er bekommen, wenn ich diesen schwarzen Hund wiederfinde“, trutzte Herr Cabasso, als er die Befehle entdeckte. „Du sollst lieber auf die Post gehen“, seufzte seine Frau.

Während der Nacht wälzte sich der unglückselige Rentier unter furchtbaren Beklemmungen. „Geh' drauf los“, befahl er, „wir ernern! Bormärts!“ Um zwei Uhr nachts zertrümmerte er die kleine Lampe auf dem Nachttisch mit einem Faustschlag, während er schrie: „Zurück da!“ Am Morgen erwachte er wie gerädert. „Recht hör' aber mal“, sagte seine Frau. „Das ist dieser eckelhafte Koffer, der dir diese entsetzlichen Phantasien einflößt. Dieser schreckliche Koffer ist daran schuld, daß wir unsere Köchin, sechs silberne Teller und eine Nachtlampe eingebüßt haben! Ich stehe dich an, Carl, nimm Verzicht an und laß den Antiquitätenhändler seinen Koffer wiederbekommen!“ „Ja, ja“, stöhnte Herr Cabasso matt und aufgebend, „wenn du meinst.“

Als Herr Cabasso in den Laden trat, war der Antiquitätenhändler gerade damit beschäftigt, zu telefonieren.

„Hallo!“ sagte der vorwitzige Händler zu seinem unsichtbaren Gesprächspartner. „Sind Sie es, Balleoni? Also, dieser Korfarentoffer ging einmisch großartig. Sofort war er weg. Ein alter Dödel kaufte ihn. Sie müssen mir so schnell wie irgend möglich mindestens ein halbes Dutzend solcher Korfarentoffer herstellen. Wir werden glänzende Geschäfte damit machen.“

Merseburger Zaubersprüche.

Von Max Barthel.

Die Merseburger Zaubersprüche stammen aus dem zehnten Jahrhundert und gehören mit zu den ersten, deutschen Literaturdenkmälern. Sie sind heidnischen Ursprungs und werden im Merseburger Dom aufbewahrt. Der berühmteste Spruch heißt: „Einst liehen sich nieder Wölfe, sahen mal Herin und sahen mal dorthin, einige besteten Hufe, andre hemmten das Heer, einige machten sich zu schaffen an den Fesseln: entspring den Banden! entzahn den Feinden!“ Die Wölfe waren heidnische Götter, und wenn sie heute wieder einmal nach Merseburg kämen, würden sie wohl andere Sprüchelein dichten, andere Zeichnungen in den Wind flüstern, aber ihr Hauptzweck bliebe wohl derselbe, nämlich: Entspring den Banden!

Von der Erde bis zur Sonne hat sich in den letzten Jahrzehnten eine große Industrie angesiedelt. Sie hat das Gesicht der Landschaft verändert und blickt auf den Bodenschätzen in der Erde, auf den Braunkohlen, auf dem Kupfer, auf dem Gold, auf dem Eisen, auf dem Stahl. Die chemischen Werke bauen ihre Schlüsselstellung aus. In der Nähe der Kohlen wuchsen große Gießereien auf. Maschinenbau setzte sich in den Städten und Dörfern fest. Auf schiedliche Weise hat sich in die Tiefe. Mitteldeutschland mit der ungetränkten Hauptstadt Leipzig ist ein schwarzes Rentier der Arbeit geworden. Das raucht und qualmt, verfinstert den Himmel, reißt kleine Bauernhöfchen in das Weidloch internationaler Wirtschaft und schmettert in die ehemals friedliche Landschaft den klirrenden Alarm der Maschinenlärme.

Das Ammoniakwerk Merseburg, besser bekannt unter dem Namen: Leuna, ist eine phantastische Industrieanlage, in der 18 000 Arbeiter beschäftigt sind. Dreizehn über 100 Meter hohe Schornsteine steigen über den Kesselhäusern, Hallen, Eisenstruktoren und Kühltürmen auf, über 5 Kilometer erstrecken sich die Anlagen zwischen Eisenbahn und Soale, eine Stadt für sich, eine Welt für sich. Das Werk ist eine Schöpfung des Krieges. Hier wurde das tödliche Phosgen gas hergestellt und diente die Schlachtfelder. Heute müssen andere Treiber gebügel werden. Und sie werden auch gebügel. Im Leunawerk werden für die deutsche Landwirtschaft die künstlichen Düngemittel hergestellt. In der Luft ist Stickstoff. Der wird mit Wasserstoffgas und Wasser gemischt, das ergibt dann Ammoniakwasser, einen geluchten Artikel in der chemischen Industrie. Der Stickstoff im Ammoniakwasser wird durch Kalk gebunden: der schwefel-saurer Ammoniak, das Düngemittel, ist fertig. Näherlich werden im Leunawerk zur Herstellung des Düngers über 1 000 000 Tonnen Gips gebraucht.

Die Kohlen liegen im Gellatal und werden durch eigene Bahnen herangeholt. Im Gellatal zeigt sich die tragische Verwandlung der Landschaft durch die Technik. In den armen, verschaukelten Dörfern hat sich Grube an Grube in die Erde gefressen, gewaltige Höhen bauen ihre Schutthügel auf. Bräunliche Ströme, Kohlenzige ratten, Schornsteine qualmen. Tuschloch liegt der schwarze Dreck auf den Wegen und Straßen. Die Kohlen verändern die Landschaft, verlegen Straßen und Wege, lassen ganze Dörfer verschwinden, und auch das Leunawerk hat ihre Hauptgruben in diesem flachen Tal. Diese Kohlen beweisen nicht nur die mächtigen Heilkräfte der Feuerhäuser, die Braunkohle aus dem Gellatal verwandelt sich zugleich in den Kohleverflüchtungsanlagen in Benzol und geht auf den Weltmarkt. Im ersten Jahr wurden im Leunawerk 100 000 Tonnen Benzol hergestellt. Im nächsten Jahr sollen 200 000 Tonnen produziert werden.

Leuna und Köthen waren kleine Bauernhöfchen, bis im Krieg das Ammoniakwerk kam und sich festsetzte. Felder und Bauernhöfe wurden aufgelöst, die Bauern an die polnische Grenze verfrachtet, neue Siedlungen, keine neue Städte entstanden aus dem Nichts und liegen nun in den Gaswolken, den Giftschwaden und Ascheregen und verflümmern. Leuna, das ist ein neuer Begriff in Mitteldeutschland geworden, ein Schlagwort, das noch nicht abgekloppt ist, ein Wort, das noch wirklich Kraft hat und auch schlägt. Von Merseburg, von Leipzig, Halle, Jena und Weisenfels kommen die Chemiker. Sie kommen mit den Bohrern, mit den Autobussen, mit den Arbeiterzügen, achtzehntausend Männer, achtzehntausend Zweihänder der chemischen Industrie, ein besonderer Schlag: der Leunaproletarier.

Die Arbeit ist schwer und gefährlich. Da, die Löhne liegen etwas über dem Durchschnitt der mitteldeutschen Industrie, sie müssen wohl auch so liegen, denn die Arbeitsbedingungen liegen unter dem Durchschnitt der anderen Werke. Das Ammoniakwerk hat keine eigene Betriebskrankenkasse und hütet keine Geheimnisse gut, aber das ist unbekannt, das jeden Morgen viele hundert Arbeiter nach dem Spital gehen, das von den Traktoren „Der Sorg“ genannt wird. Sechs Verletzte haben immer zu tun. Sie müssen zu tun haben, denn auch die Umgebung leidet unter dem Nebenbetrieb, das mit seinen Gasen und seiner Flüssigkeit die Bäume, die Sträucher, die Blumen schädigt. Selbst das Metall wird von den Giftgasen angegriffen. Die Vögel sind schon lange gestorben. Nur der Rindch kann nicht fliehen. Das ist keine poetische Umschreibung: in Merseburg hat sich ein „Verderb der durch die Leunawerke Geschädigten“ gebildet.

Der Leunaprolet hat keinen besonderen Verein. Er hat die Partei, die Gewerkschaft. Der mitteldeutsche Zustand hat bis heute seine Spuren hinterlassen. Wohl sind die „Weibchen“ bei der letzten Betriebsratswahl entscheidend geschlagen, und die beiden Arbeiterparteien teilen sich in die Führung, aber immer noch herrscht in Leuna die Werkpolizei und das Spitzelwesen. Die Kontrolle erwidert den Arbeiter zum Heloten. Jeder Arbeiter hat einen Ausweis und darf das Tor nur einzeln passieren. Jeder fünfte oder zehnte Mann wird herausgegriffen, muß in eine besondere Kabine, muß die Hände hochheben und sich abtasten lassen. Er muß sich auch auf Verlangen ausziehen. Auch nach dem Arbeitsantritt geht der Weg durch das Drahtgitter der erbärmlichen Kontrolle. Strafen sind an der Tagesordnung. Als ob die Arbeit in der Giftkammer nicht schon Strafe genug wäre.

Das Werk gehört zu dem größten chemischen Trust der Welt, zum I. G. Farbenindustriewerk A. G. Nach einer Berechnung kommen für diesen Trust auf den Kopf eines Leunaproleten rund 1000 Mark Reinkondensat. Im letzten Jahre hatte dieser Leunaprolet über 100 000 000 Mark Reinkondensat. Und wie wird das Geld verdient? Durch die Arbeiter und durch eine irrsinnige Preispolitik. Die Herstellung eines Kilo Salzsäure in einem Schmelzwerk kostet der I. G. rund 200 Mark. Das Salzsäure wird nun den Apothekern für 8000 Mark pro Kilo verkauft unter der Bedingung, daß der Herr Apotheker 16 000 Mark dafür verlangt.

Jeden Abend werden im Ammoniakwerk Merseburg die giftigen Gase verbrannt, dann jüngen über den Anlagen die sogenannten „Leunafakeln“. Wann endlich wird das wertvolle Volk, wann wird endlich der Staat in diese Giftkammer hineinkommen, in die Dunkelkammer der Ausbeutung und Preispolitik, und den Herren um der I. G. eine Fackel anzünden?

GROSSER WEIHNACHTS-VERKAUF

TISCHWÄSCHE

Hohlsaum-Tischtuch 6⁹⁰ ca. 8⁴⁵
vollweiss gebt. Damastmuster, ca. 126/161 cm 141/178 cm

Serviette dazu passend, ca. 66/98 cm 75 Pf.

Tischtuch ca. 120/120 120/190 120/225 cm
weissglänzendes Damastmuster, vollweiss geblickt
Serviette dazu passend, ca. 60/90 cm 95 Pf.

Tischtuch ca. 120/120 120/160 120/225 cm
belebendes Jacquardmuster, gute Hausware-berqualität
Serviette dazu passend, ca. 60/90 cm 1,10

Tischdecke ca. 128/128 128/160 120/160 120/178 cm
gewebt, doppelseitig zu decken, hübsche Blumenbest.

WÄSCHESTOFFE

Hemdentuch ca. 80 cm breit Meter 45 Pf.

Renforcé ca. 80 cm breit Meter 58 Pf.

Makotuch ca. 80 cm breit, für feine Leibwäsche Meter 78 Pf.

Louisianatuch ca. 80 cm breit, für Kopfkissenartige, Meter 62 Pf.

Louisianatuch ca. 120 cm breit, für Deckbettbezüge, Meter 95 Pf.

Küchenhandtuch weiss, Waffelgewebe, mit farbiger Kante, ca. 60/100 cm, Stück 50 Pf.

Staubhandtuch Reinweiss-Jacquard, schwere Hauswäsch.-Qualität, ca. 40/110 cm, abgepasst u. gestickt u. gebt. Stück 1,80

Staubhandtuch vollweiss, eubl. Jacqu.-Mast, gute halblein. Qual., ca. 40/110 cm, abgepasst u. gestickt, Stück 1,85

Wisch Tuch gutes Beilweiss, weiss-rot-kariert, gestickt u. gebt., Stück von 42 an

Wisch Tuch gutes Halblein, gestickt u. gebt., ca. 66/90 cm, Stück 65 Pf. ca. 66/90 cm, Stück 90 Pf.

BETTWÄSCHE

Kopfkissen 1¹⁰ gestickt mit Hohlsaum 1⁴⁵

Kopfkissen Linon, mit 8 Beilweissen Beilweissen Hohlsaum 2⁴⁵ 7⁹⁰

Kopfkissen Linon, gestickt, mit breitem Hohlsaum 3²⁵ 9²⁵

Kopfkissen mit handge- 4⁵⁰ Ueberläken 10⁵⁰
sogenom. mit Hohlsaum und gestickten Punkten hierau

Flanell-Bettuch 3⁵⁰ 4²⁵
weich und wollig

Schlafdecke 2⁹⁵ kamelhaar- 5²⁵
grün mit Karle, 160/190 farbig

TASCHENTUCHER

Herren-Taschentuch 1³⁵
weiss Linon mit farb. Karle, 1/2 Diad.

Herren-Taschentuch 2²⁵
weiss Linon mit Ripsstreifen, ca. 48 cm 200/200, 1/2 Diad.

Damen-Taschentuch 95 Pf.
weiss Batist mit Spitze, 3 Stübe im Geschenkkarton aufgemacht

Damen-Taschentuch 1⁹⁵
weiss Batist mit Hohlsaum u. reichlich bestickter Ecke, 3 Stück im Geschenkkart.

Kinder-Taschentuch 95 Pf.
weiss Batist mit farbigem Bilderm.wasch. 5 Stück im Geschenkkarton

Herren-Taschentücher

bunt gestreift, Batist mit Hohlsaum, elegante Aus- 38 Pf.
stattung, Stück von an

weiss Linon mit ge- 2⁴⁵
sticktem Bestick- 1/2 Dutzend
ten, im Karton

DAMEN-STRUMPFE

Mako od. reine Wolle zum 95 Pf.
Unterziehen

Seidenfior farbig und schwarz 1⁶⁵

Künstliche Seide 1⁹⁵

Reine Wolle Kaschmir, Original englisch 2⁹⁵

HERREN-SOCKEN

Schweißsocken wollplattiert und woll- 95 Pf.
genst. oht

Elegante Fantasiesocken 1⁹⁵ 1⁴⁵

Reinwollene Stricksocken Orig. 1⁹⁵
engl.

Reinw. Gamaschen 1²⁵ 95 Pf.
für Kinder, Grösse 4-6 1-3

TRIKOTAGEN

Damen-Unterziehschlüpfer 1⁴⁵ 95 Pf.

Damen-Schlüpfer mit argerschem Futter, viele Farben 1⁹⁵

Damen-Hemd hose feines Baumwoll- 1⁹⁵
trikotgewebe

Damen-Hemd hose fein gewebt, echt 2⁹⁵
ägyptisch Mako

Herren-Jacke echt ägyptisch Mako 2⁹⁵

Herren-Hose echt ägyptisch Mako 3⁴⁵

Herren-Hemd mit Doppelbrust, echt 3⁹⁵
ägyptisch Mako

Herren-Garnitur Jacke und Bekleid., 4⁹⁵
moderne Farben

Damen-Ueberbluse 3⁴⁵
reine Wolle, weiss und farbig

SCHURZEN

Jumperschürze 1²⁵
in Leinwand, Wasser oder Kretonne

Jumperschürze 1⁹⁵
mit Volant und byronem Besatz

Servierschürze 2⁹⁵
extra weis, mit Stickerei-ansatz

Kleiderschürze 3⁰⁰
Wasser, in verschiedenen Gröszen

Zephirkittel 4⁹⁰
mit buntem Kragen und Manschetten

Servierkleid guter Zanella, 7⁹⁰
mit abknopfbar. Kragen und angestric. Rock

Herren-Schirm 8⁹⁰
Halbwand, m. gutem Griffbortment

Damen-Schirm 10⁷⁵
farbig, Halbwand, mit bunter Kante oder durchgestreift

In allen unseren Häusern

Photomaton

8 verschiedene 100
Aufnahmen

Automatische Aufnahmen
in 20 Sekunden

*
Bilder gleich zum Mitnehmen

Vergrösserungen: 13x18 cm St. 2⁵⁰ 3 St. 6⁷⁵
18x24 cm St. 3⁵⁰ 3 St. 9²⁵
koloriert, 18x24 cm, St. 8⁵⁰











HERMANN TIETZ

Leipziger Str. * Alexanderplatz * Frankfurter Allee * Wilmerdorfer Str. * Belle-Alliance-Str. * Brunnenstr. * Kottbuser Damm * Andreasstr. * Chausseestr.

Verkäufe

Wohnmöbel, Bettmöbel, Leinwand, etc.

Möbel

Wohnzimmer, Esszimmer, etc.

Kaufgesuche

Wohnmöbel, Bettmöbel, etc.

Radio

Apparate, etc.

Musikinstrumente

Violinen, etc.

Fahrräder

Radfahrer, etc.

Verschiedenes

Wohnmöbel, etc.

Kleidungsstücke, wäsche usw.

Damen, Herren, etc.